

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2. — Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Ostpreußen, Litauen, Luxemburg 4.30 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Sicht- und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 202-205
Verlag: Dönhofs 2500-2507

Mittwoch, den 29. Juli 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebskonto: Berlin 37535 — Bankkonto: Direktion
der Postkonten-Gesellschaft, Teufelhofstraße 3

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierzeile 50 Pfennig. Reklameseite 5. — Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pfennig (außer bei festgedruckten Worten, jedes weitere Wort 12 Pfennig). Einzeile das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Die Hausfuchung bei Staatsanwälten.

Das Netz der Barmatheber. — Deutschnationale Ausflüchte.

Die Mitteilungen des „Vorwärts“ über die engen Beziehungen zwischen den Barmat-Staatsanwälten und den deutschnationalen Pressebüreaus fanden volle Bestätigung.

Die SS-Korrespondenz berichtet, daß die beiden Justizbeamten, von denen in dem Polizeibericht die Rede war, die früheren Staatsanwaltsassessoren Caspari und Ruhmann sind, in deren Wohnungen in der Landhausstraße und am Südwesttor gestern früh noch vor 7 Uhr Kriminalbeamte der Abteilung IV des Berliner Polizeipräsidiums Einlaß begehrten, um eine Durchsuchung der Räume vorzunehmen. Die beiden ehemaligen Staatsanwälte, die bei den Ermittlungen in Sachen Kutischer und Barmat selbst zahlreiche Hausfuchungen geleitet hatten, waren außerst überrascht über die Tatsache, daß sie nun auch einmal Objekt einer solchen polizeilichen Maßnahme sein mußten. Die Beamten der Kriminalpolizei beschlagnahmten bei beiden Befragten eine Reihe von Schriftstücken und Briefen. Im Anschluß hieran wurden die beiden Justizbeamten im Polizeipräsidium einer längeren Vernehmung unterzogen.

Gleichzeitig fanden andere Hausfuchungen in dem Nachrichtenbureau eines Herrn Knoll, der sich Dr. Kluge nennt, in der Bülowstr. 60 in der Wohnung eines Herrn v. Beauvieu statt. Auch hier wurden Beschlagnahmungen von Teilen der Korrespondenz und sonstigen Dokumenten vorgenommen. Sowohl Dr. Kluge-Knoll wie v. Beauvieu und ein Angestellter dieses Bureaus, Kranz, mußten ebenfalls auf dem Polizeipräsidium zur Vernehmung erscheinen. Es handelt sich dabei um gewisse Zusammenhänge, die zwischen dem Barmat-Dezernat der Staatsanwaltschaft und dem Bureau des Dr. Kluge bestehen und angeblich dazu geführt haben sollen, daß amtliche Schriftstücke, die auf die Finanzlandläde Bezug hatten, auf diesem Wege einem Teil der Presse zugänglich wurden.

Die gestrigen Vernehmungen im Polizeipräsidium, die bis in die Nachmittagsstunden dauerten und zum Teil von dem Chef der Abteilung IV, Regierungsdirektor Dr. Weiß, persönlich vorgenommen wurden, drehten sich in der Hauptsache um die Veröffentlichung verschiedener Dokumente, wie des bekannten Beschlusses des Kammergerichts, durch den seinerzeit eine Haftentlassung der Bruder Barmat abgelehnt wurde, ferner um ein angebliches Schreiben des Ministerialdirektors Abegg vom Preussischen Ministerium des Innern, und schließlich auch um die persönlichen Beziehungen zwischen Kluge und v. Beauvieu einerseits und Dr. Ruhmann andererseits.

Tatsache ist, daß Kluge-Knoll mit Ruhmann seit längerer Zeit eng befreundet ist, daß ferner v. Beauvieu erst vor einigen Tagen von einer mit Dr. Ruhmann auf dessen Segelschiff „Schwalbe“ unternommenen See-Expedition zurückgekehrt ist. Diese Nacht soll übrigens, entgegen anders lautenden Meldungen, schon seit drei Jahren im Besitz des Dr. Ruhmann sein, der passivierter Segler ist. Die Verhöre, nach deren Beendigung alle Beteiligten wieder entlassen wurden, bezogen sich ferner auf Geldsendungen, die von Kluge-Knoll im Verlauf dieser Segelfahrt an Bord der „Schwalbe“ nachgeschickt wurden. Wie wir hören, wurde dabei bestritten, daß dieses Geld, wie behauptet wird, an Dr. Ruhmann gegangen sei, vielmehr soll es von Beauvieu in Rostberg in Zahlung von rückständigem Gehalt erhalten haben, nachdem Kluge-Knoll zuvor in einem Schreiben nach Danzig zunächst eine Geldsendung abgelehnt hatte. Tatsache ist weiter, daß

Tatsachener an dieser Vergnügungsfahrt auch ein Kriminalassistent Gauß

war. Was die übrigen Veröffentlichungen in dieser Angelegenheit betrifft, so wird u. a. bestritten, daß eine Verbindung zwischen dem Nachrichtenbureau Kluge und einem von einem früheren Oberregierungsrat Obbel geleiteten Bureau bestanden habe.

Die Straftaten, deren vorliegender Verdacht zu diesen Maßnahmen Anlaß gegeben hat, bestehen in erster Linie in der Veröffentlichung amtlicher Schriftstücke, die durch Befehl vom 3. April 1888 unter Strafe gestellt ist, wenn es sich um Dokumente eines schwebenden Verfahrens handelt.

Diese Mitteilungen der erwähnten Korrespondenz betreffen augenscheinlich auf Angaben von einer Seite, die geneigt ist, den Weltreisenden Ruhmann nach Möglichkeit zu entlasten. Aber selbst sie müssen als das Ergebnis der bisherigen Ermittlungen die enge Freundschaft des Dr. Kluge mit Beauvieu und jenem Knoll zu gestehen, der sich willkürlich „Dr. Kluge“ nennt und außerdem gelegentlich einen dritten Namen führt! Wertwürdige Freundschaften eines Staatsanwalts mit den parteipolitischen Nachrichtenbüreaus, um so merkwürdiger, als diese „Freunde“ allerhand Meldungen verbreiten lassen können, die ganz zufällig in den Amtsbereich des Herrn Ruhmann fallen!

In Ergänzung der Mitteilungen des „Vorwärts“ kann übrigens der „Sozialdemokratische Pressedienst“ berichten, daß außer den schon bekannten Indiskretionen der Seite des Bureaus Kluge alias Knoll auch zur Verhaftung des Justizrats Werthauer durch den Staatsanwaltsassessor Caspari extra einen Berichterstatter des „Berliner

Lokal-Anzeiger“ dirigiert hat. Caspari, der Chef-pilot der „Fliegerstaffel“, war betanntlich per Flugzeug nach Dresden gefahren, wo Werthauer einen Termin wahrzunehmen hatte. Bei Casparis Ankunft in Dresden war Werthauer schon auf der Rückreise begriffen. Caspari stieg nun wieder auf, überholte auf dem Rückflug den Zug und postete dann Werthauer am Bahnhof ab. Daß Kluge-Knoll dies nicht wissen und vorhersehen konnte, wenn ihm nicht Caspari selber oder einer von dessen Beamten sofortige Mitteilung machte, liegt auf der Hand. Knoll-Kluge wußte aber bald, daß Caspari früher angelangt war und befragte den Hugenberg-Reporter, um den „großen Schlag“ möglichst laut ausposaunen zu lassen.

Der deutschnationale Parteileitung sind die Veröffentlichungen des „Vorwärts“ begreiflicherweise sehr unangenehm. Wird doch durch sie die enge Verknüpfung der Ruhmann-Aktion gegen Barmat mit den parteipolitischen Zielen der schwarzweißen Reinigungsapostel einwandfrei nachgewiesen. Die Parteileitung der Deutschnationalen weiß sich deshalb nicht anders zu helfen, als durch Ausgabe einer Erklärung, in der sie mit gespielter Kindlichkeit behauptet, die Partei hätte tatsächlich an der Aufhellung der Barmat-Affäre ein Interesse und auch die Unterstützung durch den „Vorwärts“ würde ihr willkommen sein.

Es handelt sich aber jetzt gar nicht mehr um eine „Affäre Barmat“, sondern um eine Affäre der Staatsanwaltschaft, der Justiz und um eine solche der deutschnationalen Ehrschneider und ihrer Geldgeber! Diese Zusammenhänge gilt es aufzudecken. Aber vorsichtigerweise schweigt die deutschnationale Erklärung von den Geldern, die der deutschnationale Abgeordnete Leopold aufwandte, wie von denen, die über Bacmeister kamen. Sie schweigt vor allem von den Geldern, die der deutschnationale Geschäftsführer Dr. Weiß — der Mann mit den „hundsgemeinen Flugblättern“ — für den Erwerb gestohlener Aktien der Deutschen Werte aufwenden konnte!

Dieses Schweigen ist auch schon ein Schuldbekennnis. Aber da die Deutschnationalen nach Aufklärung im Landtag verlangen, so kann ihnen diese hoffentlich recht bald werden. Denn daß es sich bei der ganzen Sache nicht so sehr um die Feststellung irgendwelcher krimineller Vergehens handeln kann, leuchtet ohne weiteres ein. Aber die politische Giftmischerei, die durch die deutschnationalen Bureaus mit Unterstützung von Diebstahl und Aktenunterschlagung betrieben wurde, gilt es aufzudecken, und vor allem die politische Rolle, die jene beiden Staatsanwaltschafts-assessoren dabei spielten. Der Landtag hat die Möglichkeit, durch einen Untersuchungsausschuß auch die Brunnengergister zu entlarven, die den ganzen Stand angezettel haben um ihrer Parteiinteressen willen. Er wird die Möglichkeit hoffentlich nicht ungenutzt lassen!

Von der Chefredaktion der „Telegraphen-Union“ erhalten wir in bezug auf unsere Mitteilungen, die den Redakteur Kames betreffen, ein Schreiben, in dem es heißt:

Da wir annehmen, daß es auch Ihnen erwünscht sein wird, über die tatsächlichen Verhältnisse unterrichtet zu werden, so teilen wir Ihnen mit, daß die beiden unterzeichneten Chefredakteure der Telegraphen-Union überhaupt erst aus Ihrer heutigen Veröffentlichung von dem Vorhandensein des von Ihnen erwähnten Bureaus Kenntnis bekommen haben. Auch keiner der in Ihrem Bericht genannten Mitarbeiter des Bureaus ist uns dem Namen oder der Person nach bekannt. Befonderen Wert legen wir darauf, Ihnen mitzuteilen, daß Herr Kames nicht Redaktionsmitglied der Telegraphen-Union ist, er gibt vielmehr in dem in unserem Haus befindlichen Dammert-Verlag zwei Korrespondenzen heraus und ist gleichzeitig Berliner Vertreter verschiedener Provinzzeitungen, zu denen übrigens, wie wir festgestellt haben, die „Bergisch-Märkische Zeitung“ in Elberfeld nicht gehört.

Wir geben von dieser Mitteilung unseren Lesern Kenntnis. Das ist um so notwendiger, als ja auch der „Vorwärts“ den Depeschendienst der „Telegraphen-Union“ abonniert hat. Aber leider umgeht auch die Erklärung der „TU“ die Tatsache, daß sich in der Dachgesellschaft „Telegraphen-Union“ ein ganzes Netz von Korrespondenzen- und Nachrichtenagencaturen zusammenfindet, von denen Herr Kames einen Teil herausgibt. Hugenberg und seine Helfer haben in der „TU“ wirklich ein System geschaffen, in dem immer der eine Verantwortliche nichts von der Tätigkeit des anderen weiß. Aber schließlich gehören alle Unterabteilungen zu der großen Firma. Und die Tatsache, daß die Chefredakteure des Depeschendienstes nicht verantwortlich sind für die Korrespondenzen, die nur bestimmten Parteiblättern zugehen, ändert nichts daran, daß das TU-Unternehmen durch Herrn Kames mit dem Bureau Knoll-Kluge in engster Verbindung stand. Denn der sogenannten „Dammert-Verlag“ ist von der „TU“ aufgekauft und ist ihr Glied!

Der Verständigung näher!

(Von unserem französischen Mitarbeiter.)

Paris, 26. Juli.

Die deutsche Antwortnote hat eine politisch-diplomatische Entspannung gebracht, die den Optimismus, den der französische Außenminister Aristide Briand im Laufe der letzten Wochen nie aufgegeben hatte, rechtfertigt. Man ist hier natürlich erst aun darüber, daß die nationalistischen Monarchisten, unter Führung des Grafen Westarp, dieser Note zustimmen, da die wilden Heffeldzüge gegen die Note des Herrn Briand vom 16. Juni und gegen die ganze Stresemannsche Außenpolitik bis jetzt nicht vergessen wurden. Immerhin ist man in gewissen Pariser Kreisen im Begriff, das nationalistische Getöse für einen Bluff zu halten, durch den die Führer ihre Anhänger über die Rückzugsoperation, die sie gezwungen sind, auf dem Gebiete der Sicherheitsfrage durchzuführen, hinwegtäuschen wollen.

Solange nicht feststand, ob die Herren Westarp, Hergt und Genossen ihre feierlichen Proteste im entscheidenden Augenblick nicht durch einen Austritt aus der Regierung und aus der Koalition bekräftigen würden, war man in Paris nicht ganz ohne Sorgen über die kommende Entwicklung der Dinge. Nach dem man nun gesehen hat, daß die Deutschnationalen nicht daran denken, das, was sie seit dem Waffenstillstand gegen die Erfüllungspolitik gepredigt haben, zu verwirklichen, sie vielmehr einer Note zugestimmt haben, die in ihrer entgegengesetzten Höflichkeit auch nicht das geringste Echo jenes antisozialistischen Gebrülls enthält, durch das sich die ganze deutschnationale Propaganda seit Jahr und Tag auszeichnete, ist man sich über deren innerstrategischen Charakter klar geworden. Allerdings wollen die Blätter des Nationalen Bloks das immer noch nicht gelten lassen. Die deutschnationale Agitation hat ihnen allzu große Dienste geleistet, hat den Herren Reibel, Maginot, André François-Bonnet und anderen Wortführern der Poinecaré- und der Millerand-Truppen das Propagandahandwerk gar zu sehr erleichtert, als daß sie nun ohne Bedauern den Zusammenbruch des deutschnationalen „Befreiungs“-Bluffs zugeben könnten. Deshalb darf man sich auch nicht wundern, wenn im nationalistischen „Echo de Paris“ die Stresemannsche Note als Triumph der Deutschnationalen (!) hingestellt und die französische Regierung dringend aufgefordert wird, dem Abschluß des Sicherheitsvertrages mit Deutschland, wenn es noch irgendwie möglich wäre, aus dem Wege zu gehen.

Herr Briand ist noch viel entschlossener, als das bei seinem deutschen Kollegen den Anschein hat, den Einwürfen und Drohungen der nationalistischen Elemente kein Gehör zu schenken. In den Reichstagskreisen wird ihm jetzt vorgeworfen, er habe sich in seiner offiziellen Mitteilung an die Presse über die Note allzu optimistisch ausgesprochen. In Wirklichkeit hat sich der französische Außenminister vor allem befriedigt darüber gezeigt, daß nun die Untkämpfung von Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland endgültig gesichert erscheint. Das heißt keineswegs, daß er sich im Unklaren ist über die einzelnen wichtigen Fragen tiefgehender Verschiedenheiten, die noch zwischen der deutschen und der französischen Auffassung, insbesondere über den endgültigen Inhalt des Sicherheitspactes bestehen. Ebenjowenig wie die allgemeine Genugtuung, die in der Linkspresse darüber zum Ausdruck gebracht wird, daß die deutsche Antwort Tür und Tor zur Verständigung voll offen läßt, etwa so gedeutet werden darf, als ob man auf der Linken den ganzen Inhalt der deutschen Note gutheißt.

Vor allem herrscht, was den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund anbelangt, in allen Linkskreisen vollste Einmütigkeit, daß irgendwelche Vorbehalte der deutschen Regierung unmöglich angenommen werden können, ohne daß man dadurch die Grundlagen des Völkerbundspactes in Gefahr bringt. In den politischen führenden Kreisen weiß man darauf hin, daß der Text des Völkerbundspactes selbst im Konfliktfall es nicht nur ermöglicht, sondern notwendig macht, daß der besonderen Lage, in der sich Deutschland infolge seiner Entwaffnung befindet, durch den Völkerbundsrat Rechnung getragen wird und infolgedessen Deutschland nicht zu bestrafte braucht, etwa militärische Aufgaben zugeteilt zu bekommen, denen es nicht gewachsen wäre. Der deutsche Hinweis auf Artikel 16 der Völkerbundssatzung wird von den französischen Nationalisten natürlich wieder als Beweis dafür ausgebeutet, daß „geheime Abmachungen“ mit Rußland beständen, durch die Deutschland in dieser Frage gebunden wäre und durch die es verpflichtet sei, im Falle eines selbst durch Rußland heraufbeschworenen Konfliktes mit Polen auf Seiten der Sowjetregierung zu stehen. In ruhiger denkenden Kreisen nimmt man aber an, daß die deutsche Regierung wirklich befürchtet, Deutschland könne im Kriege zwischen Dritten hineingezogen werden, ohne die Mittel zu haben, sich gegen irgendeinen Angriff zu schützen. Darauf wird erwidert, daß Deutschland in diesem Falle ja den ganzen Völkerbund auf seiner Seite habe — Frankreich einge-

schlossen. Denn würde z. B. ein Konflikt heraufbeschworen werden nicht dadurch, daß Rußland sich eines Angriffs auf die Grenzen Polens, sondern Polen sich eines Angriffs auf die Grenzen Deutschlands schuldig macht, so wäre Frankreich auf Grund des Völkerbunds gestützt, gegen Polen aufzutreten. Gerade deshalb hält man es in maßgebenden Kreisen für nicht nützlich und nicht für nötig, daß die Schiedsgerichtsverträge, die Polen oder die Tschechoslowakei mit Deutschland später einmal abschließen, unter die besondere Schutzhöhe Frankreichs gestellt werden. Die gleichen Kreise erklären jedoch im engsten Zusammenhang mit dieser Seite des Sicherheitsproblems, daß die deutsche Forderung nach dem Verzicht Frankreichs auf Sonderrechte zu der logischen Voraussetzung führe, daß auch Deutschland ohne irgendwelche Privilegien in den Völkerbund eintreten muß. Man hofft sogar, daß in diesem sehr wichtigen Punkt die deutsche Regierung schließlich erkennen wird, wie gefährlich es ist, den Völkerbundspakt irgendwie zu durchlöchern.

Es ist keine Frage, daß diese Ansicht von dem französischen Außenminister Briand und seinem Hauptmitarbeiter Philippe Berthelot geteilt wird. Sie sind beide vom stärksten Willen befeuert, mit Deutschland zum Abschluß des Sicherheitspaktes zu gelangen, und sie dürften die Verantwortung der deutschen Rolle genügend beschleunigen, um Deutschland die Möglichkeit zu geben, seinen Eintritt in den Völkerbund noch in diesem Jahre zu beantragen.

Deutschnationale Befürchtungen.

Keine Verschleppung der Zollvorlage, wenn...

Die Deutschnationalen haben in den letzten Tagen unter einem schweren Druck gestanden. Sie befürchteten, durch ihre Protrawacherepläne könne noch ein Strich gezogen werden. Der Beschluß des Reichstags, die Zollvorlage noch vor den Ferien durchzubringen, wird deshalb von ihrer Presse in großer Aufmachung veröffentlicht. „Der Reichstag bleibt zusammen, die Regierung setzt ihren Standpunkt durch“, jubelt der „Lokal-Anzeiger“. „Die Annahme der Zollvorlage gesichert“, triumphiert der „Tag“. Die „Kreuz-Zeitung“ ist vorsichtiger. Sie fügt dem positiven ersten Teil ihrer Ueberschrift „Keine Verschleppung der Zollvorlage“ die skeptische Unterzeile hinzu: „Wenn die Abgeordneten der Rechten erscheinen und versieht den Beschluß des Reichstags mit folgendem Kommentar:

„Zur Durchführung dieses Arbeitsplanes ist es aber unbedingt erforderlich, daß die Regierungsparteien ihre 270 Mitglieder ohne nennenswerte Lücken ins Haus bringen. Mit fehlenden Fraktionen kann gegen starke Linksoption eine Zollvorlage allerdings nicht durchgebracht werden.“

Auch beim „Lokal-Anzeiger“ und beim „Tag“ ist die Siegeszuversicht nur äußere Fassade und die deutschnationalen Reichstagsabgeordneten müssen es sich gefallen lassen, daß ihnen in einer alles anderen als parlamentarischen Sprache die Beiwörter gelesen werden. Ihre Interessiertheit an den Sitzungen wird als grobe Pflichterfüllung, widerwärtiges Schauspiel bezeichnet und mit der Veröffentlichung der Namen der bei den Verhandlungen fehlenden Fraktionsmitglieder gedroht. Der „Lokal-Anzeiger“ wird ganz deutlich. Er sagt:

„Liste, auf denen die Namen solcher Pflichtlosen ständen, würden bei künftigen Reichstagswahlen von vornherein auf eine außerordentlich starke Stimmeneinbuße rechnen müssen. Das würde bedingen, daß die Parteien sich ängstlich hüten werden, Namen solcher Pflichtlosen auf die Listen zu nehmen — mit anderen Worten, für diese wäre es mit der Abgeordnetenwahlmöglichkeit endgültig aus, sobald Neuwahlen kämen.“

Eine Partei, die genötigt ist, vor aller Öffentlichkeit zu derartigen Mitteln zu greifen, um ihre „Führer“ beieinander

zu halten, charakterisiert sich selbst. Hundepötte und Futtermittel sind Reizmittel, die man sonst nicht gerade bei intelligenten Politikern anzuwenden pflegt.

Gefahren für das Zentrum.

Eine Mahnung aus dem Rheinland.

Köln, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Erregung über die Zustimmung der Zentrumsfraktion zu dem Zollkompromiß wird bei den Zentrumsarbeitern Westdeutschlands von Tag zu Tag stärker. Am Dienstagabend bringt das über gute Beziehungen zum linken Zentrumsflügel verfügende offizielle Kölner Zentrumsblatt, die „Rheinische Volkswacht“, unter der Ueberschrift „Zentrum und Reichsregierung“ einen sehr kritisch eingestellten, nahezu drei Spalten langen Artikel, in dem zwar versucht wird, die Haltung der Zentrumsfraktion des Reichstags zu rechtfertigen, der aber sonst in seiner Wirkung eine einzige Anklage gegen die Zollkompromiß-Politik darstellt. Das Blatt betont, daß in der Zentrumsfraktion große Kräfte vorhanden sind, die der Meinung seien, daß bei der Vorbereitung der Zollvorlage gewisse Rechtstreife absichtlich darauf ausgegangen, die Einigkeit der Zentrumsfraktion in Gefahr zu bringen. Das Blatt unterstreicht, daß es nicht Krafteiler, sondern die Besten und Größten der Partei seien, die der Entwicklung der deutschen Innenpolitik, soweit es sich um Zoll- und Steuerfragen handele, mit sehr gemischten Gefühlen verfolgten. Das Blatt gibt dann weiter zu, daß unter dem Druck der Zollpolitik die Teuerung in Deutschland zunehmen werde. Darum müsse neben der Zustimmung zur Zollpolitik vom Zentrum mit allem Nachdruck die Forderung vertreten werden, daß dem Verbraucher die Möglichkeit gegeben werde, durch Verbesserung seiner Bezüge die Zunahme der Teuerung ertragen zu können. Das Fall der Mindestzölle habe auch den Gewerkschaftsvertretern in der Zentrumsfraktion die Möglichkeit gegeben, sich für das Kompromiß auszusprechen. Aber dieses Kompromiß schließe nicht die letzten und endgültigen Entscheidungen in sich, sondern man werde sich in der Fraktion die Verbesserungswünsche des Verbrauchersflügels im Zentrum zu eigen machen müssen. Das Blatt schließt seinen Artikel mit der deutlichen Mahnung an die Reichstagsfraktion der Zentrumsfraktion:

„Darum ist die Wahrung der Lebenskraft und der Stärke, aber auch der Unabhängigkeit der Zentrumsfraktion für die Ueberzeugung jedes Zentrumsanhängers eine deutsche Lebensfrage. Die Frage als solche anzuerkennen, heißt Grenzen ziehen — auch in der Kompromißfreudigkeit bei den großen Entscheidungen der Gegenwart.“

Diese Auslassungen des Kölner Zentrumsblattes lassen deutlich erkennen, wie stark sich in der Zentrumsarbeiterschaft des Westens die Opposition gegen das Zollkompromiß regt. In nächster Zeit findet eine große Versammlung der westdeutschen Arbeiter-Zentrumsfraktion statt, in der es vermutlich wegen des Umfalles der Zentrumsfraktion zu lebhaften Auseinandersetzungen, auch mit der Richtung Stegerwald, die immer mehr an Einfluß einbüßt, kommen wird.

Etatberatungen im Ausschuss.

Der Vergleich mit dem Jahre 1913 — Finanzminister und Beamtenereinstellungen.

Im Haushaltsausschuss des Reichstags, der am Dienstag die Beratung über den allgemeinen Finanzetat fortsetzte, gab zunächst Abg. Dr. Quast (DnL) eine Uebersicht über den Etat im Vergleich zu den Zahlen vom Jahre 1913. Der Nettobedarf der allgemeinen Reichsverwaltung habe 1913 insgesamt 2700 Millionen betragen, er betrage 1925 3100 Millionen Mark. Der eigentliche Staatsbedarf der Länder betrage jetzt 3 Milliarden gegen 2 Milliarden 1913. Dabei sei die gewaltige Schuldenerlastung bei den Ländern zu berücksichtigen. Die reine Ueberweisung der Länder betrage insgesamt 2350 Millionen; hiervon behalten die Länder ungefähr ein Drittel mit 800 Millionen, während an die Gemeinden fast zwei Drittel, 1500 Millionen, überwiesen werden. Für die Dames-Reparationsbelastung müßten 1926: 495 Millionen, 1927: 675 Millionen, 1928: 1230 Millionen und ab 1929: 1540 Millionen Mark jährlich aufgebracht werden.

Nach Annahme der Etats der allgemeinen Finanzverwaltung für 1924 und 1925 folgte die Beratung der Haushaltsgesetze 1924

und 1925. Es wurden folgende Ergänzungen angenommen, die in das Haushaltsgesetz eingefügt werden sollen:

§ 5a: Zur Einstellung von Beamten und Beamtenanwärtern in den Reichsdienst bedarf es der vorherigen Zustimmung des Reichsministers der Finanzen. Bei Einstellungen sind in erster Reihe Versorgungsanwärter, Schwerbeschädigte, sowie nach Möglichkeit leistungsfähige, entlassene oder in den einseitigen Ruhestand versetzte oder in Arbeiterverhältnis überführte Beamte heranzuziehen. Die erfolgten Einstellungen sind dem Haushaltsausschuss des Reichstags unregelmäßig mitzuteilen. In Reichsverwaltungen, in denen eine Verringerung der Planstellen zum Zwecke einer Verminderung des Beamtenkörpers notwendig ist, dürfen freie Planstellen nicht wieder besetzt werden. Ausnahmen hieron sind nur zulässig: 1. wenn durch ihre Besetzung eine andere Planstelle derselben Laufbahn frei und nicht wieder besetzt wird, oder 2. mit Zustimmung des Reichsfinanzministers, wenn die Besetzung aus dienstlichen Gründen dringend notwendig ist. — Die Feststellung, ob eine Verringerung der Planstellen zum Zwecke einer Verminderung des Beamtenkörpers in einer Verwaltung oder in Teilen einer Verwaltung notwendig ist, trifft der Reichsminister der Finanzen im Einvernehmen mit dem für die Verwaltung zuständigen Reichsminister.

§ 7a: Werden bereits als planmäßige Beamte angestellt gemessene und gemäß § 65 der Angestelltenordnungen für eine höhere Besoldungsgruppe einberufene Versorgungsanwärter, die wegen Ungeeignetheit aus der Dienstleistung für höhere Besoldungsgruppen entlassen werden, in ihrer früheren Besoldungsgruppe wieder beschäftigt, so sind sie, falls Planstellen dieser Besoldungsgruppe nicht frei sind, bis zum Freiwerden der nächsten Planstelle, in die sie einzurücken haben, so zu besetzen, als ob sie als planmäßige Beamte ihrer früheren Besoldungsgruppe wieder angestellt worden wären.

Am Schluß beantragte Genosse Steinkopf, daß den Reichsbeamten der Besoldungsgruppen I bis VII zum Grundgehalt ein Zuschlag in Höhe von 20 Proz. ober, wenn das abgelehnt werden sollte, mindestens eine einmalige Anwendung von 100 Mark gewährt werde. Ministerialdirektor Colthoff vom Reichsfinanzministerium bezeichnete den Antrag als untragbar für die Finanzen des Reiches und der Länder. Hierauf vertagte sich der Ausschuss.

Scheidemanns Dank.

Genosse Scheidemann bittet um Abdruck folgender Zeilen:

Vielen Dank! Aus Anlaß der Vollendung meines 60. Lebensjahres sind mir von Freunden, Parteigenossen und Reichsbannerkameraden zahlreiche Glückwünsche aus dem In- und Auslande zugegangen, viele Blumen und sonstige Liebesgaben ins Haus geschickt worden. Ich bin vollkommen außerstande, hunderte von Dankeschreiben zu schreiben, deshalb danke ich an dieser Stelle allen, die an mich gedacht haben, von ganzem Herzen.

Kassel, den 28. Juli 1925. P. Scheidemann.

Der Unfug der Landesverratsverfahren.

Der Generalsstaatsanwalt in Hamm hat gegen den Generalsekretär der Deutschen Friedensgesellschaft, Genossen Gerhard Seger, Berlin unter dem 9. Juli ein Landesverratsverfahren eröffnet. Der Landesverrat soll begangen worden sein durch eine Rede, die Seger am 20. Februar d. J. in einer öffentlichen Versammlung der Friedensgesellschaft in Essen gehalten und in der er sich mit dem bekannnten Besitzt des englischen Generals Morgan beschäftigte. Nachdem so viele ähnliche Landesverratsverfahren eingeleitet worden sind und auch der Reichswehrminister Dr. Gessler im Reichstag die Erörterung solcher Fragen als seiner Auffassung nach schädlich, aber nicht landesverräterisch bezeichnet hat, muß die Eröffnung dieses neuen Verfahrens äußerst bedauernd wirken.

Die Düsseldorf Stadteordnetenversammlung hat mit Zustimmung aller Parteien einen Antrag der städtischen Verwaltung angenommen, die Reichsregierung zu ersuchen, im Hinblick auf die bevorstehende Räumung der Stadt Düsseldorf die reichseigenen Bauten in Düsseldorf der Stadt zur Vinderung der Wohnungsnot zur Verfügung zu stellen.

Nordlandfahrt.

Es war zweifellos eine Tat, daß der Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit einer Gruppe in der Bewegung arbeitender Genossinnen und Genossen die Möglichkeit einer Reise nach Norwegen gab. Erholung und die Gelegenheit zu sozialen und politischen Studien waren der Zweck der Reise. Er wurde erfüllt, unsere Erwartung in jeder Hinsicht weit übertroffen.

Von unserem Treffort Barnemünde ging es mit dem Fährschiff hinein in die blaue See. Nach schöner Bahnfahrt durch fruchtbares dänisches Land war unsere erste Station Kopenhagen erreicht. Der Tag wurde ausgefüllt mit Besuchen der Sehenswürdigkeiten, zu denen auch der „Ritsdag“ gehörte, in dessen gebiegen repräsentativen Räumen unsere Genossen jetzt eine so fruchtbringende Arbeit für ihr Land vollbringen. Besonderen Eindruck machten die an der Peripherie der Stadt durchgeführten Siedlungsbauten. Die von Arbeiter-Genossenschaften mit staatlichen Zuschüssen errichteten Wohnviertel stellen eine äußerst großzügige Maßnahme zur Behebung der Wohnungsnot dar. Der Staat greift in Dänemark tief in den Säckel, wenn es gilt, seinen Bürgern Obdach zu schaffen. — Der Abend fand die Genossen da, wo sich an einem schönen Sommerabend in Kopenhagen alles hinbegibt — im Livoli!

Mit diversen Eimerbröten im Roffer gingen am nächsten Tag an Bord des Dampfers, der uns nach Oslo bringen sollte. Strahlender Sonnenschein begleitete das Schiff, als es längs der dänischen Küste, vorbei an der Hamletstätte Helsingborg, den Kurs auf die offene See gen Norden nahm. Die Seefahrt hatte guten Verlauf — abgesehen von kleinen Unannehmlichkeiten, verursacht durch eine unhöfliche Besatzung — auf dem Schiff, das den Namen des Königs trug. Doch eine Nacht geht bald vorüber, und als am Morgen die schöne Kristiania-Oslo ihre Schleier lüftete, rüsteten wir zu neuen Besuchen. Durch eine glänzende Organisation verstanden es unsere liebenswürdigen Osloer Genossen uns an dem einen Tag unseres Aufenthalts eine Fülle von Eindrücken zu vermitteln. Der Storming, das Volkshaus, das Volks-Museum — eine schöne Sammlung alter norwegischer Kulturzeugnisse, die auch Jøllens Arbeitszimmer birgt — und wiederum prachtvoll gelegene, großzügig angelegte städtische Siedlungen, in denen der städtische Baudirektor die Führung übernommen hatte. Das Osloer Parteiorgan hatte eine Begrüßung und ausführliche Würdigung der Reise der „tyk socialysters“ gebracht und zu einer Abendfeier in dem außerordentlich Oslos an der Bergmaße gelegenen Heim der dortigen Jugend eingeladen. Nach einem Abtritt auf den Aussichtspunkt Holmefossen, der einen einzigartigen Rundblick auf die zwischen Bergen gelegene Stadt und die durch einen Kranz von Inseln von der Stadt getrennte hohe See bot, wurde der Weg in das Heim unserer Genossen angetreten. Der uns dort zuteil werdende Empfang enthielt reichlich für die Strapazen des Tages.

Mit reichen Eindrücken schieden wir am nächsten Morgen aus Norwegens Hauptstadt. Unsere Genossen haben die Zuversicht, daß sich die sozialdemokratische Linie im Lande immer mehr durchsetzen wird. Die (von Rostau) unabhängigen Kommunisten, die gegenwärtig noch der Großteil der Arbeiterschaft hinter sich haben, nähern sich in ihrer praktischen Politik immer mehr dem sozialistischen

Standpunkt. Unsere Bewegung, kampfesfreudig und entwicklungs-fähig, zeigt heute schon, daß ihr die Zukunft gehört!

Einer der wunderbarsten technischen Verkehrswege der Welt, die Bergbahn, nahm uns nun auf. Nach übermächtigender sind die Naturwunder, die den Reisenden auf dieser Fahrt über-raschen. Während ihn anfangs große Wälder, leuchtende Matten und idyllische Flüsse erfreuen, bemundert er, wenn die Bahn höher steigt, prächtig eingebettete Bergseen, um sich endlich, an den höchsten Punkten, zwischen ungeheuren, haushohen Schneemassen zu finden. Die Bergseen sind völlig verschneit. Hier ist das Dorado der Beute, die es sich leisten können, auch im Hochsommer dem edlen Skisport zu fröhnen.

In Bosh wurde die Bahnfahrt beendet. Die Reise ging nun per Auto fast drei Stunden durch landschaftlich prachtvolle Gebiete am Hardangerfjord nach Ulvik. Dieser schöne Fjord liegt am äußersten Ende des Fjords, eine Lagereise von der offenen See entfernt, eingebettet zwischen hohen Bergen. Die Fjorde mit ihren weit in das gebirgige Land hineingreifenden Armen, umgeben von gigantischen Bergmassen schaffen Landschaftsbilder von höchster Eigenart. Ueber diesen Landschaften weht in den hellen, staßelaren nordlichen Abenden eine zauberhafte Stimmung. Von hier führte uns ein Tagesausflug nach dem Boringfok, einem der schönsten Wasserfälle Norwegens. Tosend stürzen ungeheure Wassermassen hundert von Metern hinab in den Kessel mit ihrem Gisch und Wasserfall das ganze Tal erfüllend und mit zarter Feuchtigkeit überziehend. Wenn dann Sonnenstrahlen den nassen Staub treffen, bilden sich Regenbogen, die sich nach unten hin wieder allmählich verlieren. Lange verweilten unsere Genossen in stummer Bewunderung.

Die Genossen, die länger blieben, verlebten noch Tage der Freude im schönen Ulvik. Eine glänzende Verpflegung, die bis Ritternacht ausgebreiteten Bootfahrten und die Bäder in den kühlen Fluten schufen jene glückliche Stimmung, in der man die Sorgen des Alltags und der Heimat vergißt. Allzu schnell verrannen die Tage, und nach zweitägigem, ebenfalls unter aufopfernder Betreuung eines dortigen Genossen interessant und lehrreich verlaufenem Aufenthalt in der ehemaligen Hansestadt Bergen führte uns das Schiff heimwärts gen Hamburg.

Die Teilnehmer werden noch lange mit Genugung an die einzigartige Reise denken. Der gegenseitigen Vorbereitung und der Zusammenarbeit des Reichsausschusses mit den in Frage kommenden Stellen, insbesondere mit unseren norwegischen Genossen, ist es zu danken, daß das Unternehmen vollauf gelang. Wäge in Zukunft recht vielen Genossen Gelegenheit geboten werden, sich, im eigenen, wie im Interesse der Bewegung, an solchen Fahrten zu beteiligen. Heinrich Kühn.

Der Stenographenbund Gabelberger für die Einheitskurzschrift. Der Deutsche Stenographenbund Gabelberger hält gegenwärtig in München seinen 12. Bundestag ab, um u. a. auch zur Frage der Einheitsstenographie Stellung zu nehmen. In einer fast einstimmig angenommenen Entschließung wurde dem Regierungsentwurf der Einheitskurzschrift zugestimmt und weiter beschlossen, daß der Bund den Namen „Gabelberger“ auch für die Zukunft beibehält.

Petersburg von der Pest bedroht? Angesichts des Aufstretens der Pest in Südrußland ist von medizinischer Seite in Petersburg die Frage aufgeworfen worden, ob eine Ausbreitung der Epidemie bzw. eine Einschleppung der Pest nach Petersburg zu befürchten sei. Es fand eine Konferenz von Vertretern des Gesundheitskommissariates unter Hinzuziehung einiger Professoren der Medizin statt, die zu dem Schluß kamen, daß einwärtige eine erste Pestgefahr für Petersburg nicht besteht. Der Passagier- und Handelsverkehr mit dem Südosten Rußlands lasse es aber immerhin möglich erscheinen, daß die Pest nach Petersburg übertragen wird. Es wurde daher beschlossen: Sogleich eine besondere Desinfektionsstation einzurichten, welche alle Waren und Pakete passieren müssen, die aus den von der Pest bereits heimgefunden oder aus pestverdächtigen Gegenden eintreffen, und bei den betreffenden Behörden vorstellig zu werden, damit die Einfuhr aus den betreffenden Bezirken zeitweilig verboten werde.

Der Naturschutztag gegen den Bau der Jagstbahn. Im Verlaufe des dieser Tage in München stattfindenden Ersten deutschen Naturschutztages wurde nach einem Referat des Professors Schulze-Naumburg über „Naturschutz und Industrie“ eine Entschließung einstimmig angenommen, die sich gegen die dringlichste Industrialisierung der bayerischen Berge durch Bergbahnen, vornehmlich gegen den Bau einer Jagstbahn wendet. Es wird der Erwartung Ausdruck gegeben, daß das bayerische Hochland aus Gründen des Naturschutzes, wie auch im Interesse der Erholung Laufender von Volksgenossen aller Schichten in seiner jetzigen Unzugänglichkeit und Reinheit erhalten bleibe.

Die Spielhölle des Eisverkäufers. Die herumziehenden Verkäufer von Speiseeis, die in diesen heißen Tagen auch bei uns so viel Rummel machen, besitzen für das Publikum der kleinen (spanischen) Städte noch einen anderen Reiz. Man kann sich bei ihnen keine Portion Eis erspielen, und es entwickelt sich an den Eisständen ein leidenschaftliches Glücksspiel, bei dem manchmal ziemlich Summen verloren werden. An den Eiswagen befindet sich nämlich ein buntemaltes kleines Roulette, und der „Käufer“ setzt die Summe von etwa zehn Pfennigen auf eine bestimmte Zahl, worauf die Scheibe gedreht wird. Gewinnt er, so bekommt er seine Portion Eis umsonst und darf noch ein weiteres Spiel wagen. Er kann also bei großem Spielglück eine ganze Anzahl von Eisportionen gewinnen. Verliert er, so ist der Einlag dahin, und er muß von neuem setzen, wenn er seine Ertragsquelle doch erobert will. Dadurch kommt also eine Portion Eis bisweilen sehr teuer zu stehen.

Bestellung deutscher zoologischer Gärten durch Rußland. Ein größerer Transport wurde dieser Tage aus Petersburg nach Hamburg beordert. Es handelt sich um 4 Bären und 12 Lemmings, die für den Hamburger zoologischen Garten bestimmt sind. Russische Blätter sind der Meinung, daß die zoologischen Gärten Deutschlands eine ganze Reihe von Tieren aus Rußland beziehen könnten.

Die Bühnenkunst. Die deutsche Kunstgemeinschaft in Wien drückt die Gründung einer „arischen Theater“, zunächst in Form einer Theatergemeinschaft, deren Mitglieder zu bestimmten Vorstellungen, an denen nur „arische Schauspieler“ mitwirken, Karten zeichnen. Für später ist die Erwerbung einer hängigen „arischen Bühne“ beabsichtigt.

Geld der Fiskussteuer in Frankreich. Zur Vereinfachung des französischen Steuerrechts wird vom 1. Januar ab die Fiskussteuer in Frankreich durch einen Zuschlag der Mobilar- und Patentsteuer ersetzt werden.

Ein deutsch-polnischer Notenwechsel.

Polnischer Wiederaufnahmevertrag. — Deutsche Bereitschaft unter Vorbehalt.

Der polnische Bevollmächtigte für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen hat unter dem 18. d. M. ein Schreiben an den deutschen Bevollmächtigten, Staatssekretär z. D. Bewald, gerichtet, in dem er den polnischen Standpunkt noch einmal auseinandersetzt und am Schlusse erklärt, daß nach polnischer Auffassung die Verhandlungen ohne formelle Unterbrechung in der Weise weitergehen sollten, daß die beiden Delegationen sich spätestens am 15. September, eventuell auch schon früher, wieder vereinigen sollten, um die Verhandlungen zum Abschluß zu bringen.

Der deutsche Bevollmächtigte hat darauf am 27. d. M. erwidert, die deutsche Delegation sei im Interesse der Abkürzung des von polnischer Seite begonnenen Wirtschaftskrieges jederzeit bereit, die Frage der Wiederaufnahme der Verhandlungen zu prüfen, sobald sich die deutsche Delegation auf Grund neuer Erklärungen der polnischen Delegation vor einer veränderten Verhandlungslage gestellt sähe, welche für eine Wiederaufnahme der unterbrochenen Verhandlungen Aussicht böte. Sie sei auch bereit, der Anregung der polnischen Delegation entsprechend am 15. September mit dieser zusammen die Frage zu prüfen, ob nach der dann bestehenden Lage der Abschluß eines Provisoriums oder eines endgültigen Handelsvertrages möglich sei. Einen Erfolg würden diese Verhandlungen allerdings nur dann versprechen, wenn sie durch neue Erklärungen der polnischen Delegation gefördert würden.

Die Optantenfrage.

Neuan siedlung in der Grenzmark?

Die deutsche Regierung wird auch am 1. August, dem kritischen Tag in der Optantenweisung, zunächst sozusagen Gewehr bei Fuß stehen und abwarten, ob Polen tatsächlich von seinem „Recht“ der Zwangsansiedlung brutal und rücksichtslos Gebrauch macht. In den letzten Tagen sind bei den zuständigen Stellen Nachrichten eingetroffen, die befürchten lassen, daß Polen sofort am 1. August mit scharfen Maßnahmen gegen die deutschen Optanten, die unter den ersten Termin fallen, vorgehen werde. Trotzdem rechnet die deutsche Regierung noch immer damit, daß die polnische Regierung Brutalitäten gegenüber deutschen Optanten, die aus irgendwelchen Gründen am 1. August die Grenze noch nicht überschreiten konnten, vermeiden wird.

Die preussische Regierung hat für alle Fälle Vorsorge getroffen. Von der Reichsbahn sind für den Abtransport der Deutschen Optanten die notwendigen Ertragszüge bereits angefordert. Nach dem 1. August werden die Regierungspräsidenten in Preußen zunächst einmal feststellen, wieviel polnische Optanten sich noch auf preussischem Gebiet befinden.

Die von dem ehemaligen preussischen Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf gemachten Vorschläge, die deutschen Optanten, soweit es sich um landwirtschaftliche Siedler handelt, im deutschen Osten anzusiedeln, sind, wie wir hören, bereits Gegenstand von Verhandlungen im preussischen Innenministerium gewesen. Nach der Auffassung Wendorfs müßten 20 000 bis 30 000 Hektar für die Grenziedlung zur Verfügung gestellt werden. Der Förderung der Grenziedlung, wie sie hier vom früheren preussischen Landwirtschaftsminister angefordert wird, kann man im allgemeinen zustimmen, nicht aber seinem Vorschlag, für die Siedlung in erster Linie den staatlichen Domänenbesitz heranzuziehen. Der osteuropäische Großgrundbesitz, dessen Sünden wir nicht zuletzt die vielen Uebergriffe des polnischen Nationalismus zu verbuchen haben, hat die Pflicht zur Wiedergutmachung; er muß für die Grenziedlung herangezogen werden.

Der Amnestieauschuß.

Verlängerung der Begnadigungsfrist.

Der Rechtsausschuß des Reichstags setzte gestern die Beratung des Gesetzesentwurfs über Straffreiheit fort. § 1 wird in der veränderten Fassung bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Dann wendet sich die Ausprache dem § 3 zu, der von der Einstellung der Verfahren wegen Zurückhandlung gegen die §§ 51—56 (hochverräterische Handlungen), § 128 (Geheimbündel), § 129 (Teilnahme an Staatsverbrechen) usw. handelt, wenn die Tat vor dem 1. Oktober 1923 begangen ist oder wenn sie in der Zeit vor dem 1. Oktober 1923 bis zum 15. Juli 1925 begangen ist und voraussichtlich keine höhere Strafe als Gefängnis, Haft oder ein Jahr Festungshaft oder ein Jahr Gefängnis allein oder nebeneinander nach sich ziehen wird. Neue Verfahren werden nicht eingeleitet. Ebenso soll „diplomatischer Hochverrat“ behandelt werden, sofern die Tat durch öffentliche Bekanntmachung begangen ist.

Abg. Landsberg (Soz.) beantragt, keinen Unterschied zwischen den Delikten zu machen, die vor dem 1. Oktober 1923 und denen, die nachher begangen worden sind. Er wendet sich gegen die Begnadigung der Rapp-Rebellen und nennt dabei den Kapitän Ehrhardt als Beispiel, weil er eine Frau, die ihm alles geschenkt, zu einem Weineid verleitet habe.

Abg. Münsinger (Komm.) unterstützt den Antrag Landsberg. Reichsjustizminister Franken: Ich erkläre ganz bestimmt, daß die in dem Paragraphen gelesenen Fristen und Termine für die Reichsregierung unantastbar sind.

Abg. Lehmann (Dnl.): Ob Kapitän Ehrhardt die Prinzessin Hohenlohe zum Weineid verleitet habe, steht nicht fest, es bestehe nur der Verdacht.

Abg. Dr. Wunderlich (D. Vp.) erklärt als betätigt gemessener objektiver Richter, er habe die That Ehrhardts aus dem Leipziger Gefängnis ohne Mitleidenschaft der Prinzessin Hohenlohe nicht verstanden.

Im übrigen sei die Frage noch nicht geklärt, ob er unter allen Umständen ehelos sei. Wie es zu dem Weineid gekommen sei, stehe nicht fest. Als objektiver Richter könne er jedenfalls noch kein Schuldverdict in diesem Punkt über Ehrhardt fällen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) bedauert die Erklärung des Justizministers. Es schweben doch auch noch politische Prozesse, die wohl eine Amnestie verdienen, z. B. gegen die Partisanengruppen.

Staatssekretär Joel bemerkt, die sogenannten Partisanengruppen seien Terrorgruppen der Kommunisten, die bei Aufständen die Bürger terrorisieren sollten. Nach ihrer Konstitution verdienen diese Gruppen keine besondere Berücksichtigung.

Ein preussischer Regierungsvertreter erklärt, daß in besonders geeigneten Fällen eine Einzelbegnadigung eintreten könne.

Abg. Stöcker (Komm.) begründet einen Antrag, an Stelle der Terminbestimmung „vor dem 1. Oktober 1923“ zu setzen: „vor der Auswirkung des militärischen Ausnahmezustandes und der Inkraftsetzung bis 1. April 1924“ mit der Beschränkung: „es sei denn, daß die betreffende Handlung weiter fortgesetzt wurde“.

Es erwidert sich dann eine längere Auseinandersetzung zwischen den Abgeordneten der Rechten und dem Abg. Landsberg (Soz.) über den Fall Ehrhardt.

Abg. Landsberg erklärt nach einer Darstellung des Prozesses der Prinzessin Hohenlohe, ein Mann, der so gehandelt hat, wie der Kapitän Ehrhardt, habe keinen Anspruch, als Mann von Ehre behandelt zu werden.

Staatssekretär Joel wendet sich gegen den kommunistischen Antrag.

Unter Ablehnung sämtlicher Forderungsanträge wird der § 3 nach der Vorlage in der Gesamtabstimmung einstimmig mit einer Stimmenthaltung angenommen. Infolge des beim § 1 angenommenen Antrags Kohl erhöht sich auch im § 3 die Höchstdauer der für die Amnestie in Frage kommenden Freiheitsstrafen von ein auf zwei Jahre.

§ 4 der Vorlage behandelt

die Ausnahmen von der Amnestie.

Nach dem Abg. 1 sollen ausgeschlossen sein diejenigen Personen, die im Zusammenhang mit der Straftat ein Verbrechen gegen das Leben (§§ 211, 212, 214 des Strafgesetzbuches), ein Verbrechen der schweren Körperverletzung (§§ 224, 226 StGB.), des schweren Raubes (§ 251 StGB.), der Brandstiftung (§§ 306—308, 311 StGB.), der vorsätzlichen Gefährdung eines Eisenbahntransportes (§ 315 StGB.), ein Verbrechen gegen § 321 Abs. 2 StGB. oder gegen die §§ 5, 6, 7 des Gesetzes gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen vom 9. Juni 1884 begangen haben.

Ein kommunistischer Antrag auf Streichung dieses Absatzes wird gegen die Antragsteller abgelehnt.

Abg. Dr. Wunderlich (D. Vp.) beantragt, auch das Verbrechen gegen § 250 unter die Ausnahmen einzufügen.

Die Abgg. Dr. Rosenfeld (Soz.) und Dr. Korsch (Komm.) wenden sich gegen diese Erweiterung der Ausnahmen, die den vorherigen Vereinbarungen widerspreche.

Ein kommunistischer Antrag auf Streichung des schweren Raubes wird abgelehnt, der Antrag Wunderlich angenommen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) wünscht die Streichung des § 7 des Gesetzes gegen den gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen unter den Ausnahmen. § 7 bestraft den bloßen unrechtmäßigen Besitz von Sprengstoffen. Gerade dadurch sei der Staatsgerichtshof oft gegen seinen Willen zur Verhängung schwerer Zuchthausstrafen gezwungen worden gegen verhältnismäßig harmlose Leute.

In der Rapp- und Rathenau-Amnestie war § 7 auch nicht unter den Ausnahmen.

Geheimrat Werner vom Reichsjustizministerium wendet sich gegen die Streichung, weil die Vorgänge in den letzten Monaten gezeigt haben, daß die Zurückhandlungen gegen diesen Paragraphen eine ganz besonders gefährliche Verletzung der Staatssicherheit darstellten.

Abg. Stöcker (Komm.) weist darauf hin,

daß die Ehrhardt-Truppen ausnahmslos mit Handgranaten bewaffnet waren, um den Bürgerkrieg zu führen. Von diesen ist kein einziger bestraft worden.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.): Die schwere Strafe trifft hier oft Leute, die den ihnen übergebenen Sprengstoff gar nicht verwenden wollten.

Abg. Dietrich (Soz.): Abg. Fehrenbach hat in einer Freiburger Verammlung die außerordentlich harten Strafen im Freiburger Prozeß ausdrücklich damit erklärt, daß die Bestimmungen des § 7 die Richter des Staatsgerichtshofes zu einem so hohen Strafmaß gezwungen habe.

Geheimrat Werner ist der Meinung, daß § 7 nicht in allen Fällen zu harten Strafen zwingt.

Der 2. Absatz nimmt diejenigen Personen von der Amnestie aus, die lediglich aus Rohheit, Eigennutz oder sonstigen nichtpolitischen Beweggründen gehandelt haben.

Vors. Abg. Dr. Kohl (D. Vp.) hält die Fassung „oder sonstigen nichtpolitischen Beweggründen“ für bedenklich behaftet. Nichtpolitische Beweggründe könnten unter Umständen auch höchst ehrenhafte Beweggründe sein.

Staatssekretär Joel erklärt, diese Fassung sei aus den früheren Amnestiegesetzen übernommen und habe bisher zu keiner einzigen Beschwerde geführt.

Ein Antrag auf Streichung der vom Abg. Dr. Kohl bemängelten Worte wird abgelehnt.

Abf. 3 nimmt Hochverrat im Rückfall von der Amnestie aus.

§ 4 wird in der Gesamtabstimmung angenommen.

§ 5 bestimmt, daß eine Gesamtstrafe, in der unter die Amnestie fallende Einzelstrafen enthalten sind, so verflucht wird, wie es dem Anteil der amnestierten Einzelstrafen entspricht. § 5 wird ohne wesentliche Aussprache angenommen.

Der Ausschuß verlegte dann seine Schlusssitzung auf Mittwoch vermittags.

Stahlhelmer als Landfriedensbrecher.

Eine Erklärung des Innenministers.

Am 20. Juni d. J. fand in Leipzig eine behördlich genehmigte Kundgebung sozialistischer Arbeiter, Gewerkschafter, Sportler und Republikaner statt. Zwei Wochen vorher hatte dort eine ähnliche Kundgebung rechtsgerichteter Organisationen stattgefunden, die ungestört verlief, während die Kundgebung der Republikaner durch geschlossene Truppen rechtsgerichteter Organisationen belästigt und gestört wurde. Auf eine Frage, wie das Staatsministerium derartige Ereignisse in Zukunft zu verhindern gedenke, erteilt der preussische Minister des Innern nachstehende Antwort:

„Bei den Vorgängen in Leipzig in der Nacht zum 21. Juni 1915 sind nach den bisherigen Ermittlungen Reichsbannerangehörige von Mitgliedern des Stahlhelmbundes belästigt, tätlich angegriffen und mißhandelt, ferner sind schwarzrotgoldene und rote Fahnen gewaltsam von den Häusern entfernt und beschädigt worden. Diese Vorgänge bilden den Gegenstand eines gegen 4 Stahlhelmeangehörige eingeleiteten Strafverfahrens bei der Staatsanwaltschaft in Naumburg a. d. S. Zur Vermeidung von Wiederholungen solcher Ausreitungen habe ich die in Frage kommenden Behörden erneut auf meinen Erlass vom 26. Mai (gegen das Treiben radikaler Elemente) hingewiesen.“

Man darf auf den Verlauf des Prozesses neugierig sein. Bisher ist es nur zu häufig so gewesen, daß die angegriffenen Republikaner vor Gericht als Friedensbrecher behandelt wurden, während die angreifenden Stahlhelmer straflos ausgingen. Diese Methode wird diesmal nicht glücken, weil die Antwort des Innenministers den Landfriedensbruch der Stahlhelmer ausdrücklich feststellt. Wird das Urteil dementsprechend ausfallen? Der standläufige Schweidnitzer Prozeß gegen die Reichsbannerleute ist noch nicht vergessen!

Der Rote Frontkämpfertag in Halle.

Eine Niederlage der Kommunisten.

Halle, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Riesenniedergang, den die RPD. in Mitteldeutschland erlitten hat, offenbarte sich am Sonntag in dem sogenannten „Antikriegstag“, den die RPD. unter schändlicher Herbeiführung äußerlich pazifistischer Tendenzen nach Halle einberufen hatte. Obwohl man von überall her aus Mitteldeutschland, sogar aus Berlin, sich Rote Frontkämpfer zum sogenannten „Antikriegstag“ bestellt hatte, blieb den Kommunisten doch nichts weiter übrig, als die gährende Leere durch Massenaustritt von Kindern, Frauen und Jugendlichen auszufüllen. Entgegen den von den Kommunisten verbreiteten Nachrichten über die angeblichen Massenaustritte der Roten Front in Halle sei darüber ausdrücklich festgestellt, daß insgesamt 5200 Personen einschließlich Frauen,

Kindern und Spielzeugen am Umzug teilnahmen und daß der größte Teil der dazu gestellten angeblichen Frontkämpfer Jugendliche gewesen sind. Im Volkspark, dem Halleischen Versammlungsort, sind zu keiner Stunde mehr als 3000 Personen anwesend gewesen. Wenn man überlegt, daß auf dem Parteitag der RPD. mit Behmut festgestellt wurde, daß von den Roten Frontkämpfern 80 Proz. vollständig unorganisiert und auch für die RPD. nicht mehr zu erfassen sind, so ist leicht ersichtlich, daß der Einfluß der kommunistischen Partei auch in Mitteldeutschland trotz aller Betrugsversuche im Proletariat dahin ist.

Internationale Aktion der Bergarbeiter.

Beschluß des Exekutivkomitees.

W.B. meldet aus Paris über die Tagung des Exekutivkomitees des Internationalen Bergarbeiterverbandes, über die wir bereits im gewerkschaftlichen Teil berichteten, noch folgendes: In der Sitzung, die von 2 bis 8 Uhr dauerte, wurde folgende Entschliessung angenommen:

Das Internationale Komitee der Bergarbeiter, das sich versammelt hat, um über die kritische Lage des Bergarbeiterproletariats zu beschließen, das abermals von einer Lohnherabsetzung in dem Augenblick bedroht ist, in dem die Lebensbedingungen schwieriger werden, steht auf dem Standpunkt, daß diese Lage sich aus der kapitalistischen Anordnung ergibt, die die Erzeugung der Kohlen über die Bedürfnisse des Verbrauchs hinaus gesteigert hat. Das Exekutivkomitee erklärt, daß das grundlegende Heilmittel in einer Regelung der Kohlenförderung zu suchen sei, die mit den Bedürfnissen der verschiedenen Länder in Einklang steht, und daß dieses Ziel nur durch die Verstaatlichung der Kohlengruben und durch die internationale Regelung der Produktion zu erreichen sei. Das Exekutivkomitee fordert die Gewerkschaftsorganisationen der Bergarbeiter daher auf, die Durchführung dieser wesentlichen Reform zu verfolgen. Das Komitee beschließt, den englischen Bergarbeitern das Höchstmäß an Hilfe in ihrem Kampf gegen die unerträglichen Bedingungen, die die Grubenbesitzer ihnen aufzuzwingen versuchen, zukommen zu lassen. Angesichts der außerordentlich ernstesten Lage beschließt das Internationale Komitee, daß im Falle die englischen Grubenbesitzer am 1. August ihr Vorhaben ausführen, eine internationale Aktion unternommen wird. Für den Fall, daß der Streik nicht sofort durchführbar sein sollte, beschließt das Komitee, daß die Produktion in den einzelnen Ländern dermaßen herabgesetzt wird, daß die Förderung keine Schädigung der englischen Bergarbeiter bedeutet. Das Komitee hat weiter beschlossen, sich mit der internationalen Transportarbeiterorganisation in Verbindung zu setzen, um die Ausfuhr von Kohlen zu verhindern.

Rege Aussprache Paris-London.

Der englische Konferenzplan fallen gelassen.

Paris, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Zwischen der französischen und englischen Regierung findet gegenwärtig ein sehr aktiver Meinungsaustausch über die deutsche Note statt. Der französische Botschafter in London hatte bereits zwei Unterredungen mit Chamberlain, wobei er ihm eine Kopie seiner von Paris erhaltenen Instruktionen überlassen hat, die gegenwärtig der Prüfung durch das englische Auswärtige Amt unterliegen. Andererseits hat der englische Botschafter in Paris am Montag dem Generalsekretär des französischen Außenministers Berthelot in Vertretung Briand die großen Linien der englischen Auffassung zur Kenntnis gebracht.

Der augenblickliche Stand des Meinungsaustausches läßt sich nach Informationen von unternichteter Seite wie folgt zusammenfassen: Der Gedanke einer internationalen Konferenz, dem England anfangs sehr sympathisch gegenübergestanden hatte, ist auf Grund des französischen Einspruchs endgültig fallen gelassen worden. Weiterhin scheint England sich die französische Auffassung in zwei Punkten zu eigen gemacht zu haben: In der Ablehnung jeder Diskussion über die Besetzung des Rheinlandes und in der französischen Auffassung über die obligatorische Rechtsverbindlichkeit schiedsgerichtlicher Regelungen. Das englische Auswärtige Amt soll daran die Bedingung geknüpft haben, daß dem schiedsgerichtlichen Verfahren auch evtl. Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der Versailler Verträge zu unterwerfen sind und Frankreich auf seine Ablicht verzichtet, gewisse Verfahren des Völkerbundes durch obligatorische Schiedsgerichte zu ersetzen. Hinsichtlich des Rechts zu automatischen Sanktionen sollen beide Regierungen der Meinung sein, daß für das Gebiet der Reparationen diese Frage bereits im Dawes-Plan eine endgültige Regelung gefunden hat. Das evtl. Verfehlen Deutschlands gegen andere Bestimmungen des Friedensvertrages betrifft, so scheint England sich die Auffassung der deutschen Note zu eigen machen zu wollen, daß ein Land nicht zugleich Partei und Richter sein kann. Benignus lehnt das englische Auswärtige Amt das von Frankreich verlangte Recht ab, im Falle einer Verletzung der antimilitarisierten Rheinlandzone oder im Falle eines bewaffneten Konflikts im Osten ohne weiteres den Kriegszustand zu erklären und seine Truppen in die neutrale Zone einmarschieren zu lassen. England vertritt demgegenüber den Standpunkt, daß in beiden Fällen die deutsche Vertragsverletzung zuvor durch die zuständigen Organe des Völkerbundes ausdrücklich festgestellt sein muß. Da über diesen Gegenstand grundsätzlicher Natur eine Einigung bisher nicht erzielt werden konnte, scheint man in Paris und London zunächst eine authentische Interpretation der einschlägigen Vertragsbestimmungen durch die juristischen Sachverständigen der beiden Länder herbeiführen zu wollen. Der juristische Beirat des französischen Auswärtigen Amtes soll sich nach Blättermeldungen bereits zu diesem Zweck nach London begeben haben.

Englisch-französischer Rühhandel.

Paris, 28. Juli. (W.B.) „Ere Rouvelle“ schreibt, man hätte Unrecht, wenn man annehmen würde, daß das Foreign Office und der Quai d'Orsay sich im Augenblick einzig und allein damit beschäftigen, ihre Ansicht über das Sicherheitsproblem mit einander in Einklang zu bringen. Nicht nur in Europa hätte die englische und die französische Diplomatie ein Interesse, gemeinsam zu handeln, sondern überall in der weiten Welt, besonders im Hinblick auf das heimgängige asiatische Problem, vor das die beiden Länder gestellt seien. Wenn das Foreign Office hinsichtlich der europäischen Politik großmütig sein wolle, könne es von Frankreich verlangen, daß es sich großmütig hinsichtlich der asiatischen Politik zeige. Mit anderen Worten: Marianne könne John Bull einen Dienst in China erweisen, den John Bull Marianne am Rhein bzw. an der Weichsel zurückerstatten könne.

Bétain fährt zu Primo.

Paris, 27. Juli. (W.B.) Marshall Bétain hat sich heute nachmittags um 5 Uhr, wie aus Rabat berichtet wird, an Bord eines Kreuzers von Rabat nach Tetuan begeben (wo er mit Primo de Rivera zusammentreffen dürfte).

Der Abbau im Ruhrbergbau.

Um das Schicksal der Ruhrbergarbeiter.

Die Stilllegungs-Epidemie.

Bochum, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Vor Jahresfrist war sich die gesamte Schwerindustrie des Ruhrgebietes darüber einig, daß der Ruhrbergbau an einer „Inflation der Menschen“ leide. Alle Krisenerscheinungen wurden auf die seit dem Kriege erfolgte Vermehrung der Belegschaftsziffern zurückgeführt. Angeblich waren 30 000 Arbeiter zuviel. Ohne sie und mit vermehrter Arbeitszeit für die anderen sollten alle Übel verschwinden. Nun haben die Bergbau-Industriellen erreicht, was sie wollten. 30 000 Bergarbeiter sind während der letzten Monate entlassen worden, ohne daß freilich die Krise ein Ende genommen hätte. Täglich erfolgen neue Kündigungen und

ein Ende ist noch lange nicht abzusehen.

Stillgelegt sind bis jetzt an größeren Zechen mit zirka 1000 Mann Belegschaft: Beust, Freier Vogel, Hamburg, Herpetar-Steinkohle, Ulenberg und Vereinigte Schürbank. Rechnet man noch die kleineren stillgelegten Zechen hinzu, so ergibt sich eine Arbeitslosenziffer von etwa 10 000 Mann, die von weiteren Betriebsbeschränkungen betroffen sind. Thiggen mit 5500 Mann steht hier an der Spitze. Ihm folgen die staatlichen Zechen mit 2000 Mann. Die Zechen Erin, Franziska, Reumühl, Vereinigte Bonifazius mit je 1000 Mann. Eine ganze Anzahl anderer Zechen haben rund 500 Arbeiter entlassen, so die Zechen Alma, Dannebaum, Fröhliche Morgenröte, General Blumental, Johann Deimelsberg, Königin Elisabeth, Rhein-Elbe I—II, Zentrum, Hörder-Steinkohle und Westend. Diese Betriebsbeschränkungen haben etwa 16 500 Menschen die Arbeit gekostet. Zusammen mit denen, deren Betriebe gänzlich stillgelegt wurden, sind es rund 26 000 Arbeiter.

Damit ist die Zahl noch keineswegs erschöpft. Es kommt zu ihr noch eine kleinere Zahl entlassener Arbeiter, so daß die Gesamtzahl der Entlassenen die Ziffer 30 000 weit überschreitet. Wenn die Theorie der Unternehmer vom Vorjahre richtig gewesen wäre, müßte heute der von ihnen erstrebte Zustand eingetroffen sein. Dagegen wüßte die Krise wie nie zuvor!

Essen, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Deutsch-Luzemburgische Bergwerks- und Hütten-L.-G. wird ihre Zechen „Biedahlshant“ am Dienstag stilllegen. Die Schachtanlagen will man ersaufen lassen, ebenso wie die Zechen „Kaiser Friedrich“, „Glad“ und „Glad auf Tiefbau“, weil nach Aussage der Verwaltung die Aufrechterhaltung der Wasserhaltung größere Kosten verursachen würde, als eine evtl. spätere Stimpfung der Zechen. Von den Zechen der Gelsenkirchener Bergwerks-L.-G. sollen weiterhin „Zollern II“ und „Bonifazius III“ stillgelegt werden, während auf der Zeche „Erin“ eine starke Einschränkung der Förderung erfolgen soll.

Dortmund, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Verwaltung des Baroper Bergwerkes gibt durch Anschlag bekannt, daß das Martin-Werk ab Dienstag stillgelegt werden muß, weil das Kohlenkondit den Kohlenverkauf eingestellt habe. Einige Vertreter des Bergwerkes sind nach Arnsberg bzw. nach Berlin gefahren, um mit der Regierung über die neue Lage zu verhandeln. Sollte auch das Bergwerk Ende der Woche zum Stilllegen kommen, so dürfte die Zahl der dadurch erwerbslos Gewordenen sich auf 500 belaufen.

Auch die Zeche „Adolf von Hanjemann“ soll die Förderung auf eine Schicht beschränken, wodurch zirka 1000 Mann zur Entlassung kommen. Die Deutsch-Luzemburgische Bergwerks- und Hütten-L.-G. hätte damit alle ihre im Dortmunder Bezirk gelegenen Schächte stillgelegt bzw. stark eingeschränkt.

Die gestrigen Verhandlungen.

Ueber die am gestrigen Dienstag zwischen den Arbeitnehmern und Arbeitgebern des rheinisch-westfälischen Bergbaues unter Vorsitz der Regierung im Arbeitsministerium stattgefundenen Sitzung wird folgendes Communiqué veröffentlicht:

„In einer Besprechung der Arbeitsgemeinschaft, Gruppe Ruhrbergbau, die unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers im Reichsarbeitsministerium stattfand, und sich mit den wirtschaftlichen und sozialen Notizen befaßte, die sich aus der Krise des Steinkohlenbergbaues ergeben haben und noch ergeben können, wurde folgendes Ergebnis erzielt:

In der Bezirksarbeitsgemeinschaft des Ruhrbergbaues in Essen wird eine besondere Kommission die Entlassungen im einzelnen erörtern und berechnete Klagen der Arbeitnehmer künftig abstellen. Im Reichsarbeitsministerium soll zu Beginn nächster Woche eine Besprechung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern darüber veranstaltet werden, was für die Entlassenen insbesondere durch Verpflanzung in andere Berufe, Umsiedlung und Notstandsarbeiten geschehen kann. Die soziale Belastung des Bergbaues wird das Reichsarbeitsministerium in einer besonderen Verhandlung mit Vertretern der Ruhrknappschicht, der Zechenbesitzer und der Bergleute feststellen.“

Dazu erklärt der „Soz. Pressedienst“: Die Arbeitgeber brachten in der Sitzung ihre bekannten Klagen über die Sozialbelastung, Steuern und Frachten vor. Demgegenüber wiesen die Arbeitnehmervertreter darauf hin, daß die gegenwärtigen Löhne angesichts der steigenden Leuerung die Existenz der Bergarbeiter nicht mehr gewährleisten. Eine Lohnerböschung wäre deshalb nicht mehr zu umgehen. Im übrigen entspann sich eine längere Debatte über die Behandlung der Bergarbeiter im Falle der Stilllegungen. Die Arbeitnehmervertreter lehnten sich scharf für die sozialen Belange der Ruhrbergarbeiter ein und verlangten, daß man die Betriebsräte bei der Erörterung über Stilllegungen usw. zuziehen soll. Die Arbeitgebervertreter lehnten jedoch jedes Entgegenkommen, das über den Rahmen des Betriebsrätegesetzes hinausgeht, ab.

Die deutschnationale Landtagsfraktion des Preussischen Landtages weist in einer Anfrage auf die drohende Lage im Ruhrrevier hin und fordert von der preussischen Regierung Hilfe. Die Anfrage mutet seltsam an. Die guten Deutschnationalen im Preussischen Landtag hätten sich besser an die deutschnationale Reichstagsfraktion und an die deutschnationale Minister im Kabinett Luther gewandt. Seitdem die Deutschnationalen in der Reichsregierung sitzen, zeigt die ganze Wirtschaftspolitik die Wirkung, steigende Preistendenzen auszulösen. Unter diesen Preistendenzen leidet eben auch der Ruhrkohlenbergbau. Jedenfalls haben die Deutschnationalen mit ihrer Anfrage nicht an der richtigen Tür angetroffen.

Heute neue Verhandlungen.

Die der „Sozialdemokratische Pressedienst“ erfährt, werden heute, Mittwoch, in der Reichskanzlei Besprechungen zwischen dem Reichsfinanzminister und den Vertretern der Bergarbeiterorganisationen Rheinlands und Westfalens stattfinden.

Hilfe — für die Unternehmer.

Aus Kreisen, die dem rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau nahe stehen, verläutet, daß dem Ruhrbergbau ein Kredit aus Reichsmitteln gewährt werden soll, indem die Kohlenlager in Rheinland und Westfalen mit 10 Prozent ihres Wertes befristet werden. Man schätzt den Wert der auf die Halben gestürzten Kohlen auf 150 Millionen Mark, so daß es sich also um einen Kredit von 15 Millionen Mark handeln würde.

In der ersten Besprechung, die zwischen der Regierung und den Vertretern der Schwerindustrie in der vorigen Woche abgehalten wurde, ist auch die Frage einer Bombardierung der rheinisch-westfälischen Halbenbestände ohne Erfolg angeschnitten worden. Wie der „Soz. Pressedienst“ erfährt, wandte sich besonders der Reichsbankpräsident Dr. Schacht gegen einen derartigen Kredit. Wenn nun das Reich aus eigenen Mitteln einen Betrag von 15 Millionen Mark zur Verfügung stellt, dann ist es den Steuerzahlern mindestens Aufklärung darüber schuldig, an wen und unter welchen Bedingungen der Kredit gegeben werden soll.

Konferenz der Bergarbeiter.

Der deutsche Bergarbeiterverband (Alter Verband) hat im Anschluß an die Pariser Sitzung des internationalen Bergarbeiterkomitees, die am Montagabend beendet wurde, eine Konferenz für Donnerstag im Reichswirtschaftsrat einberufen. Zur Erörterung steht die Lage im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier.

Die Bergarbeiter-Internationale.

Paris, 28. Juli. (W.T.B.) Heute vormittag 10 Uhr hat die erste Sitzung des Vollzugsausschusses des internationalen Bergarbeiterverbandes begonnen. Es waren vertreten: England, Deutschland, Belgien, Holland, die Tschechoslowakei und Frankreich; auch der Internationale Transportarbeiterverband und der englische Eisenbahnerverband haben Delegierte entsandt. Am Schluß der Sitzung veröffentlichte das Exekutivkomitee folgendes Kommuniqué:

Der Exekutivkomitee des internationalen Bergarbeiterverbandes hat heute vormittag die Lage der Bergarbeiter in den einzelnen Ländern auf Grund von Berichten über die Krise, die in der Kohlenindustrie besteht, geprüft. Im Laufe des Nachmittags wird, sobald die notwendigen Unterlagen beigebracht sind, das internationale Komitee solidarisch internationale Maßnahmen beschließen bezüglich der Länder, die mit dem Kampf mit den Bergwerksgesellschaften und den Bergwerksbesitzern aufnehmen sollen. Um diese Maßnahmen wirksam zu machen, haben der Generalsekretär des internationalen Transportarbeiterverbandes und ein Vertreter der englischen Eisenbahner an der Konferenz teil.

Der Streik der Saarbergleute.

Saarbrücken, 28. Juli. (W.T.B.) An der Streiklage hat sich nichts geändert. Zwischenfälle sind nicht zu verzeichnen. Die Stimmung unter den Bergleuten ist optimistisch. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen in Paris ist noch nichts bekannt geworden.

Kein Bergarbeiterstreik in England?

London, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Aus zuverlässiger Quelle verläutet, daß die Grubenbesitzer auf der letzten gemeinsamen Sitzung mit den Gewerkschaften am Mittwoch die Kündigung der Belegschaften für Freitag zurückziehen und ihre Vorschläge bezüglich der Löhne und der Arbeitszeit abändern wollen. Man glaubt infolgedessen, daß der Streik noch verhindert werden wird.

Wendung im Berliner Bauarbeiterkampf.

Die Front der Bauunternehmer durchbrochen.

Der Beschluß der Tariforganisationen des Baugewerbes, den wir in unserer Sonntagsausgabe veröffentlicht haben, hat die voraussetzende Wirkung gehabt. Wie wir erfahren, ist bereits eine größere Anzahl von Baufirmen, darunter auch Mitglieder des Verbandes der Baugeschäfte, in Verhandlungen mit den Bauarbeiterorganisationen getreten. Diese Verhandlungen haben zum Abschluß von Verträgen geführt, in welchen die betreffenden Baufirmen die Forderungen der Bauarbeiter anerkennen und bewilligen. Es sind auch Versuche von Mitgliedern des Verbandes der Baugeschäfte gemacht worden, durch Strohmänner solche Verträge abzuschließen. Die Bauarbeiterorganisationen haben jedoch in jedem Falle den Abschluß von Verträgen mit solchen zweifelhaften Vertragspartnern abgelehnt. Man kann voraussehen, daß in den nächsten Tagen die Zahl der Firmen, die die Forderungen der Bauarbeiter unterschreiben, erheblich zunehmen wird. Diese Tatsachen werden die Feuer und Mielenz zwingen, auf die Machtprobe, die sie großspurig angekündigt haben, zu verzichten und sich an den Verhandlungstisch zu setzen. Man kann jetzt schon sagen, daß sowohl der Plan der Bauunternehmer, die Bauarbeiter durch Hunger zu bezwingen und die Allgemeinheit als auch die Bauarbeiter schrankenlos auszubeuten, ge-

schelert ist. In der Front der Bauunternehmer ist eine breite Breche geschlagen. Damit kann jetzt schon der Kampf, wie lange er sich auch noch hinziehen mag, als entschieden betrachtet werden.

Der Streik der Seeleute in Australien.

London, 28. Juli. (W.T.B.) Wie aus Melbourne gemeldet wird, dehnt sich der Streik der Seeleute rasch aus. In Melbourne und Sydney sind bis jetzt 7000 Arbeiter vom Streik betroffen.

Die Kündigung des Reichstatts der Wasserbauarbeiter wurde nicht, wie wir irrtümlich in unserer Sonntagsausgabe berichteten, vom Deutschen Verlehrsband angenommen, sondern von allen Verlehrsorganisationen, d. h. außer dem Verlehrsband, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, dem Zentralverband der Maschinisten und Heizer und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband.

Verbandstag der Buchbinder.

Hamburg, 27. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntagabend wurde in Hamburg der 15. Verbandstag des Verbandes der Buchbinder und Papierarbeiter Deutschlands mit einem Begrüßungsabend eingeleitet. Die Verhandlungen begannen am Montagmorgen mit einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden Hauelsen-Berlin. Er gab einen längeren Rückblick über die Geschichte des Verbandes. Erstreckt er sich auf die Organisation der schweren Krise der Inflationszeit und die damit verbundenen Erschütterungen überstanden. In das Bureau des Verbandstages wurden gewählt: Küster-Hamburg zum ersten und Brückner-Berlin zum zweiten Vorsitzenden. Nach der Wahl einer Mandatsprüfungskommission und je einer Kommission zur Beratung der materiellen und der ideellen Anträge ergreift Brückner das Wort zu einem kurzen Hinweis auf die innerpolitische Lage, wobei er besonders auf das vom Reichstag verabschiedete Aufwertungsgesetz, den Beschluß über die Mietsteigerung und vor allem auf die Zollvorlage einging. Er hob hervor, daß dadurch eine weitere schwere Belastung der Arbeiterschaft und eine Verschlechterung der Lebenslage eintreten müßte, woran der Verbandstag nicht achtlos vorübergehen dürfe. Auf seinen Vorschlag wurde

an den Reichstag ein Telegramm geschickt.

in dem das tiefste Bedauern darüber ausgesprochen wird, daß der Reichstag allem Anschein nach gewillt sei, die das Wirtschaftsleben schwer treffende Vorlage über den Schutzoll zu verabschieden. An die Volksoerretter wird das dringende Ersuchen gerichtet, dieser Vorlage die Zustimmung zu versagen. Gegen eine Stimme wurde auch Brückners Vorschlag angenommen, der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die Anerkennung auszusprechen für ihr mannhaftes Eintreten im Kampf gegen den Zolltarif, die Mieterhöhung und das unzulängliche Aufwertungsgesetz. Der Verbandstag erwartet, daß die Fraktion in ihrem Kampfe alles aufbieten werde, um weitere Belastungen von der Arbeiterschaft abzuwenden. Gegen drei Stimmen wurde ein Antrag Köllrich-Leipzig abgelehnt, ein entsprechendes Telegramm an die kommunistische Reichstagsfraktion zu richten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte Küster die als Gäste erschienenen Vertreter des Hamburger Senats und Arbeitsamtes, des A.D.B. und der verwandten Verbände der Buchdrucker und Lithographen und der Bruderverbände Desterreichs und der Tschechoslowakei. Grünfeld-Wien gab der Hoffnung Ausdruck, daß bald eine

Verzahnung der österreichischen und deutschen Kollegenschaft

in einer Organisation kommen möge, da der Zusammenschluß Deutschlands und Oesterreichs nicht dauernd verhindert werden könne. Bruns vom Bundesvorstand des A.D.B. wies auf die großen Fragen hin, die in nächster Zeit an die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft herantraten und voraussichtlich den Gewerkschaftsgruppen von Breslau beherrschten werden.

Hauelsen-Berlin gab dem Geschäftsbericht des Verbandsvorstandes. Im Jahre 1922 war die Mitgliederzahl auf den höchsten Stand von 98 000 gestiegen. Bei Beginn der Stabilisierung war sie infolge der Inflation auf 48 000 zurückgegangen, hat sich aber bereits wieder bis zu 56 000 erhöht. Jetzt sei man dabei, den Verband aufzubauen, nachdem man mit den kommunistischen Gewerkschaftsvertretern schließlich kurzen Prozeß gemacht habe. Verbandskassierer Lander-Berlin erläuterte den Kassenbericht und betonte, daß es während der Inflationszeit unmöglich gewesen wäre, den Verband überhaupt noch aufrechtzuerhalten, wenn nicht von ausländischen Bruderorganisationen, besonders von Oesterreich, der Organisation kräftige finanzielle Hilfe zuteil geworden wäre. Zinke-Leipzig gab den Bericht des Verbandsausschusses, der dem Verbandstag schriftlich vorliegt. Auch dem Bericht der Mandatsprüfungskommission sind außer sämtlichen Mitgliedern des Verbandsvorstandes 63 Delegierte anwesend. Sämtliche Mandate sind gültig. Nach längerer Debatte, in deren Verlauf gegen die Tätigkeit des Verbandsvorstandes und des Kassierers im allgemeinen keine Einwendungen erhoben wurden, wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Einstimmig gebilligt wurde auch die Beteiligung an einer Grundstücks- und Gebäudewerkschaft, die zu einer Treuhändergesellschaft des Verbandes ausgebaut werden soll. Schließlich wurde dem Verbandsvorstand einstimmig Dank und Anerkennung für seine Arbeit ausgesprochen.

Gastgeber, Tageszeiten- und Vorleseklubverband. Sitzung, Kiebitz! Heute abend 7 Uhr Vertrauensmannsversammlung in der „Schönen Welt“, Neue Friedländerstr. 1. Jeder Betrieb muß vertreten sein! Die Brandenkündigung.

Wetter für Berlin und Umgegend. Wolke und bewölkt, noch wiederholte Regenschauer bei lebhaften westlichen Winden. ziemlich kühl, aber Neigung zur Besserung des Wetters. — Für Deutschland. Im Norden noch weitere Regenschauer; überall ziemlich kühl.

Verantwortliche für Politik: Dietrich Schiff; Wirtschaft: Arthur Götter; Gewerkschaftsbewegung: J. Schiner; Kultur: Dr. John Schimanski; Soziale und Sonstige: Fritz Kersch; Anzeigen: H. Gieser; sämtlich in Berlin. Verlags: Bernward-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Bernward-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen und „Anzeigenschein und Wisa“.

Musikaufträge

Übergibt man nur dem Nachweis des Deutschen Musikerverbandes, Berlin O 27, Mühlentorstr. 21 (Ruhigkeitsstr. 4310, 4048). Geschäftszeit 9 bis 5, Sonntags 10 bis 2 Uhr. Auf Wunsch Beiratsbesuch.

Ständiges Lager an

Lieferwagen mit Kasten- u. Pritschen-Aufbauten

von 200 — 400 — 700 — 1000 und 1500 kg Nutzlast

Vertreter der Fabriken: Adler—Fafnir—Opel—Protos

THEODOR RAATZ AUTOMOBIL A.-G.

Fernsprecher: Nollendorf 56—59

Berlin W 35, Potsdamer Straße 112

Telegr.-Adr.: Autoratz Berlin



Ottile Baaders letzte Fahrt.

Nun ist Ottile Baader den feingigen Weg ganz zu Ende gegangen. Zum letzten Abschied fanden sich die vielen zusammen, die ihrem Beispiel und ihrem selbstlosen Wirken so viel verdankten. Selten wohl zitterte in den Abschiedsworten, die das Krematorium der Gerichtstrafe gehört, so viel innere Empfindung, so viel schlichte Dankbarkeit, wie sie ihr als letzte Grüße mitgegeben wurden. Wer nicht das Glück hatte, Ottile Baader persönlich zu kennen, der fühlte in dem wehmütigen und doch so dankbaren Abglanz der Gesichter, aus den so einfachen Worten, mit der ihr alle den letzten Gruß gaben, welche Persönlichkeit von uns gegangen. Es klang aus allem der hohe Gesang der kämpfenden und doch so mütterlichen Frau, die ihr reiches Leben der sozialistischen Bewegung geschenkt. Marie Tuschacz zeichnete noch einmal ihr Frauenschicksal, wie sie immer einfach, klar und schlicht mütterlich war, wie sie dauernd als arme Proletarierin an sich selbst arbeitete, um das Gewonnene wieder als Wissen im Kampf zu verwerten. Kein geiziges Anstammeln von Wissensschatzen, ihr war der höchste Inhalt des Lebens, für die sozialistische Bewegung zu kämpfen und zu arbeiten. Wie die schon Gealterte anspruchslos als Vertrauensperson zurücktrat, als 1908 das Vereinsgesetz den Frauen die Gleichstellung mit den Männern gab. Sie, die eine Vertörperung der Geschichte der proletarischen Frauenbewegung war, diente der Partei weiter bis zum letzten Atemzug. Otto Wels zauberte ihr Bild wieder heroor, wie sie mit immer heiterem Gesicht die Bürde der Arbeit auf sich nahm und Führerin und Kämpferin zugleich blieb. Eines nur war ihr nicht gegeben — der Zorn. Sie war der immer gute Geist, Streitende zu versöhnen, entzweite Hände ineinanderzulegen zu gemeinsamem Tun. Ein Beispiel, wie sie es gegeben, wird es selten geben. Wohl mögen die Reihen anderer Leuchtender sein, aber von solch einer Hingabe an den Sozialismus und so tiefer Mütterlichkeit wie sie war keine. Die Fahnen der Sozialdemokratie senkten sich ihr als letzter Gruß am Sarge. Clara Böhm-Schuch sprach für die Berliner sozialdemokratischen Frauen, die stolz darauf sind, daß Ottile Baader die Ihre gewesen. Berlin, die Stadt der rastlosen Arbeit, des unendlichen Müdens und Vorkämpfens, war ihr Symbol. Ein leuchtendes Vorbild schlichter Schönheit und einfacher Würde, weil sie so ganz Frau war. Deshalb war sie auch so unendlich gütig und klar. Darum sorgte sie, die mütterliche Kampfgenossin, zuerst immer für die anderen. Für die preussische Landtagsfraktion sprach Marie Kunert. Noch einmal unternahm sie, dies so reiche proletarische Frauenschicksal zu umzeichnen. Selbstlose Hingabe für den greisen Vater, mütterliches Zusichnehmen der Geschwisterkinder, unermüdetes Arbeiten an der Nähmaschine und Hingabe an die Bewegung. Eigenes Familienglück blieb ihr in der Jugend verlagert, die Enttäuschung ihrer jungen Jahre ließ sie aber nicht zum grünlischen, alternden Mädchen werden; ihre starke Mütterlichkeit umfaßte mit elementarer Kraft sowohl den kleinen Kreis wie die ganze große Bewegung. So wurde sie zur Bahnbrecherin auf dem steilen Weg zum Sozialismus.

Mit dem Gesang von Goethes „Wanderers Nachtlied“:

„Über allen Gipfeln ist Ruh;
In allen Zweigen spürt du
Raum einen Hauch.
Die Vögelin schlafen im Walde.
Warie nur, holde
Ruhst du auch?“

lenkte sich langsam der Sarg mit Blumenkränzen und roten Schleifen in die Tiefe. Noch einmal neigen sich die schwarzumflorten Köpfe vor der toten Kämpferin. Der Gesang verstummt. Die Orgel legt ein und sie gehen wieder hinaus in den Alltag, in den Kampftag, die ihr das letzte Geleit gegeben.

Den toten Leib darf die Flamme verzehren, doch das heilige Geblüh, das auf den verweinten Gesichtern der älteren Frauen und jungen Mädchen, auf den ernsten Gesichtern der Männer liegt, bleibt Geist vom Geiste Ottile Baaders, liebende Nachahmung und treues Festhalten am Ziel. Und in diesem Geist wird sie weiterleben. Ihr Wirken pflanzt sich als lebendige, immer wieder zeugende Kraft fort.

Uniformierte Musiker.

„Verwechslung ausgeschlossen...“

Der „Inhaber“ des „Deutschen Tonkünstler-Orchesters“, ein Musikdirektor Kiodow, stand vor dem Schöffengericht Charlottenburg unter der Anklage des unerlaubten Uniformtragens und des unlauteren Wettbewerbs. Die freigewerkschaftlich organisierten Musiker haben mit diesem Herrn schon manchen Kampf auszufechten gehabt. Das von ihm auf die Weine gestellte Orchester wirkt bei allen nationalistischen Radaufstellungen besonders im Berliner Clou mit und besitzt darüber hinaus noch Abteilungen, die Mecklenburg und Pommern (!) mit nationalistischer Musik versorgen.

Herr Kiodow, der eigentlich Eichbaum heißt, scheint allen Grund zu haben, den Leuten, denen er Musik vormacht, seinen wahren Namen zu verschweigen. Wie der Vorsitzende des Schöffengerichts nämlich feststellte, hat der Herr schon sehr erhebliche Gefängnisstrafen wegen Betruges, Sachbeschädigung und Plagiaten zu büßern erhalten. Herr Kiodow erzählte dem Gericht allerdings eine lange Geschichte, nach der er bei Begehung der Straftaten nicht ganz gesund gewesen sein will, denn er hätte damals an den Folgen einer Kopfverletzung gelitten. Die Gefängnisstrafen hat er deswegen auch nicht verbüßen brauchen. Für seine musikalischen Produktionen hat sich Herr Kiodow-Eichbaum für sich und sein Orchester eine Uniform zurechtgemacht, die einer Reichswehruniform sehr ähnlich sieht. Vor Gericht spielte der Angeklagte den „sozialen“ Arbeitgeber. In der Zeit der schlimmsten Inflation hätten seine Musiker Schwierigkeiten bei der Beschaffung einer anständigen Kleidung gehabt und so ist er an die Reichswehr um Ueberlassung aller, ausgebelebter Uniformen herangetreten. Was an Gerichtsstelle an Uniformen des Deutschen Tonkünstler-Orchesters zu sehen war, waren wirklich keine ausgebelebten Kleidungsstücke, sondern funktelnagelneue feldgraue Militärlitewen, wie sie jetzt noch bei jedem Reichswehrosoldaten zu sehen sind. Daß Herr Kiodow-Eichbaum an den Kragen dieser Litewen kleine silberne Sporen anbringen ließ und daß die Achselstücke mit einem schmalen schwarzwehroten Band durchsetzt sind, hinderte viele seiner Zuhörer nicht, die Kapelle als eine Militärmusik anzufragen. Das gaben zwei Zeugen, die früher bei dem Angeklagten in Diensten gestanden hatten, unumwunden zu. Herr Kiodow bestritt natürlich, eine Täuschungsabsicht gehabt zu haben. Die von ihm angeforderte Militäruniform könne sich das Publikum ordnungsgemäß angeeignet nur von einem einheitlich, d. h. uniformgetriebenen Orchester denken. Deshalb habe er diesem Verlangen des Publikums Rechnung tragen müssen. Der Angeklagte beschwerte sich beim Gericht auch darüber, daß er bei seiner Absicht, den Deutschen wieder deutsche, „nationale“ Musik beizubringen, einen Kampf nach drei Fronten führen müsse. Das eine Mal gegen ihn die Gewerkschaften, vor allem der Deutsche Musikerverband, auf den Ferien, was allerdings verständlich ist, weil es für Herrn Kiodow keinen Tarifvertrag gibt. Zum anderen seien aber auch die linksgerichteten Volkskreise und die Konkurrenz scharf hinter ihm her. Um allen Eventualitäten, die sich aus diesem „Dreifrontenkrieg“ ergeben könnten, gewachsen zu sein, trägt Herr Kiodow neben seiner Militäruniform entweder einen

Offiziersbeleg oder einen scharfen Hirschfänger, ja er besitzt sogar einen Waffenschein. Wenn die Kiodowsche Musik also nicht gefällt, der kann mit seiner Kräfte bei dem streitbaren Musikdirektor gleich antommen. Der Staatsanwalt schied die Anklage wegen unlauteren Wettbewerbes vollkommen aus. „Militärmusik“ könne jede Kapelle machen. Die Uniform des Kiodowschen Orchesters hielt er doch immerhin für bedenklich. Er beantragte eine Gefängnisstrafe von einem Monat, die aber durch Zahlung von 500 Mark Geldbuße als verbüßt anzusehen sei. Das Gericht sprach den Angeklagten auf Kosten der Staatskasse frei. In der Begründung sagte der Vorsitzende, daß der Grundstoff der Orchesteruniform allerdings der gleiche sei, wie bei der Reichswehr. Die Abzeichen seien aber doch so verschieden, daß eine Verwechslung ausgeschlossen sei. Nach diesem Urteil wird also Herr Kiodow-Eichbaum mit seinem Orchester weiterhin Gelegenheit haben, Militärmusik in feldgrauen Militärlitewen auszuführen. Wenn die Musiker auf dem Podium, verhältnismäßig entfernt von den Zuhörern, ihre Musik machen, glaubt jeder Unbefangene eine Militärmusik vor sich zu haben. Die geringen Abweichungen bei den Abzeichen sind schwer erkennbar und nur Eingeweihte wissen sie zu deuten. Interessant ist immerhin, daß Herr Kiodow-Eichbaum seine „deutsche Musik“ lediglich in dem

Neuköllner sozialdemokr. Propagandablag

Sonntag, den 2. August, nachm. 2 Uhr, am Hertzbergplatz

Sammelort der Berliner nationalistischen Kreise in der Mauerstraße und dann in Mecklenburg und Pommern abgehen kann. Dort wird ja schließlich mit seiner Musik nicht mehr viel zu verderben sein. Aber einige Fragen sind noch zu klären. Zunächst: Wie kommt der vorbestrafte Herr Kiodow-Eichbaum zu einem Waffenschein? Es ist doch in der letzten Zeit gerade oft genug vorgekommen, daß anständige Leute von nationalistischen Schiebedeuten zweifelhafte Art angefallen wurden. Dann ist an die Reichswehr die Frage zu richten, aus welchem Grunde sie an Herrn Kiodow-Eichbaum neue Uniformen verkauft? Im übrigen ist es charakteristisch für die Gefühlsverfassung nationalistischer Kreise, daß es genügt, wenn ihnen ein mehrfach vorbestrafter Zeitgenosse Radaumist unter „nationaler“, schwarzwehroter Flagge vorkommt, um sie blind bei ihnen zu werden.

Eine Aktion gegen die Fleischsteuerung.

Der Schutz der Verbraucher.

Der Berliner Polizeipräsident, Genosse Grezesinck, hatte als Vorsitzender der Preisprüfungsstelle für Berlin und die Provinz Brandenburg für gestern eine Besprechung von Vertretern der Landwirtschaft, des Viehhandels und des Fleischgewerbes eingeladen, um Maßnahmen zur Verringerung der hohen Preisspanne zwischen Vieh und Fleisch sowie Fleischwaren zu beraten. Geladen waren die preussische Hauptlandwirtschaftskammer, der Bund der Viehhändler Deutschlands, die Ernährungsdeputation des Magistrats Berlin, die Pommersche Viehverwertungs G. m. b. H., die Ostpreussische Viehverwertungs G. m. b. H., ferner Vertreter der Viehkommissionäre, der Verband Berliner Fleischwarenfabrikanten, der Interessentenverband der Großschlächtereine und andere Großschlächterorganisationen, endlich die Berliner Fleischermittel als Vertreterin der Sodenfleischerei.

Die Besprechung, die in den Räumen der mittleren Preisprüfungsstelle im Polizeipräsidium Schöneberg gestern unter starker Beteiligung der eingeladenen interessierten Kreise stattfand, beschäftigte sich mit den Ursachen der Teuerung auf dem Fleischmarkt und den möglichen Wegen der Abhilfe. Die Tatsache, daß die gegenwärtigen Preise im Groß- und im Kleinhandel für Fleisch und für Fleischwaren nicht nur absolut erheblich höher sind, wie in der Vorkriegszeit, sondern auch beträchtlich höhere Spannen untereinander aufweisen, scheint den Schluß zuzulassen, daß übermäßige Zuschläge im Großhandel und mehr noch im Kleinhandel genommen werden. Die Erörterungen, die mehrere Stunden dauerten, konnten ein abschließendes Ergebnis noch nicht zeitigen. Es wurde deshalb eine Kommission gebildet, die feststellen soll, inwieweit die Zuschläge bei den einzelnen Verteilungsstellen berechtigt sind oder inwieweit eine Herabsetzung gefordert werden könne.

Die Initiative des Berliner Polizeipräsidenten ist im Interesse der arbeitenden und verbrauchenden Bevölkerung außerordentlich zu begrüßen. Davon, daß sich die einzelnen Interessentenorganisationen gegenseitig die Schuld an der Fleischsteuerung zuschieben, wird kein Mensch satt. Es ist in der Tat dringend notwendig, daß die Organe der Preisprüfung hier zunächst mit gründlichen Erhebungen Klarheit schaffen, um dann in geeigneter Weise einschreiten zu können. Die Reichsregierung hat zwar eine Zollvorlage eingebracht, die u. a. Mindestsätze auf Vieh und Fleisch und außerordentlich hohe Sätze für Gefrier- und Büchsenfleisch vorsieht, sie hat so einen starken Anreiz zur Preissteigerung geschaffen, sie hat aber nicht die geringste Vorkehrung dagegen getroffen, daß nun die zu erwartende Preissteigerung zu spekulativer Warenzurückhaltung, also zu ausgesprochenem Mangel, ausgenutzt wird. Es obliegt den Preisprüfungsstellen, hier Abhilfe zu schaffen. Daß sie es versuchen, beweist, wie notwendig diese Einrichtung noch jetzt ist. Denn sonst wären die Verbraucher schutzlos den Preistreibern mit wichtigen Lebensmitteln preisgegeben. Bei dieser Gelegenheit muß daran erinnert werden, daß innerhalb der Reichsregierung und innerhalb der preussischen Staatsregierung starke Bestrebungen im Gange sind, die Preisprüfungsstellen radikal zu beseitigen. Dagegen muß sich die verbrauchende Bevölkerung mit aller Entschiedenheit zur

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 29. Juli.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
5-6:30 Uhr nachm.: Fünftes Kinderfest der Funk-Stunde.
7 Uhr abends: Professor Dr. Paul Sommerfeld, Abteilungsdirektor am städtischen Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Kinderkrankenhaus Berlin: Vergiftungen und Uebertragungen von Krankheiten durch Nahrung und Genußmittel. 1. Vortrag: Fleisch- und Fischvergiftungen. 7:30 Uhr abends: Dr. Kurt Magnus: Die Steuern im August. 7:55 Uhr abends: Obermagistratsrat Dr. Clements: Die wichtigsten Bestimmungen des Aufwertungsgesetzes. II. Teil. 8:30 Uhr abends: Konzert: 1. a) Loewe: Odins Meeresritt. b) Der Nöck. c) Prinz Eugen (Leopold Alexander, Bariton). 2. a) Thomas: Arie des Wilhelm Meister „Leb' wohl Mignon“. aus „Mignon“. b) Romanze des Wilhelm Meister aus „Mignon“. (Marcel Nöb von der Staatsoper, Tenor). 3. a) Mozart: Arie der Konstanze aus „Die Entführung aus dem Serail“. b) Arie der Sandrina aus „Die Gärtnerin aus Liebe“. (Sabine Meyen, Sopran). 4. a) Brüll: Lied des Bombardon, aus „Goldenes Kreuz“. b) Bungert: Bonn. c) Fürst: Der Wagen rollt. (Leopold Alexander). 5. a) Offenbach: Klein-Zack-Lied aus „Hoffmanns Erzählungen“. b) Puccini: Wie sich die Bilder gleichen aus „Tosca“. (Marcel Nöb). 6. a) Rossini: Arie der Rosine aus „Der Barbier von Sevilla“. b) Joh. Strauß: Frühlingsstimmen-Walzer. (Sabine Meyen). Am Flügel: Professor Ossoer Wappenschmitt. 10 Uhr abends: Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten. Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst.

Behr legen. Die Preissteigerungen der letzten Zeit selbst und die vollkommen indolente Haltung der maßgebenden Reichs- und Staatsbehörden gegenüber diesen Vorgängen, die die Verbraucherschaft auf das lebhafteste beunruhigen, sie zeigen, daß der Verbraucher schutz heute mehr als je notwendig ist und daß mindestens bei den höheren Verwaltungsorganen Stellen vorhanden sein müssen, die im gegebenen Falle den Auswüchsen am Warenmarkt entgegenzutreten imstande sind, wenn auch die Schuld an diesen Treibern treffen mag.

„Zwecks späterer Heirat“. Die betrogene Witwe.

Frau L., eine rundliche Witwe von 56 Jahren, wollte nochmals ihr Glück in der Ehe versuchen. Ein Inserat in der Zeitung, in dem eine stattliche Witwe in den besten Jahren mit etwas Vermögen eine Herrenbekanntschaft suchte zwecks späterer Heirat, hatte den Erfolg, daß sie in kurzer Zeit nicht weniger als 80 Bewerbungen erhielt.

Die engere Auswahl unter den Bewerbern fiel auf den Tischler Gustav Lorental. Allerdings hatte dieser sich bei seiner Bewerbung nicht als einfacher Tischler, sondern als Werkführer einer großen Klavierfabrik mit gutem Einkommen bezeichnet. Wohlwollend hatte er seine dunkle Vergangenheit verschwiegen, und die Witwe ahnte nicht, daß Lorental sich ein Gewerbe daraus machte, alleinstehende ältere Frauen, deren Bekanntschaft er gemacht hatte, zum Stehlischen fortzuführen und in ihrer Wohnung Einbrüche auszuführen zu lassen. In diesem Falle wurde ihm die Sache noch leichter gemacht. Nach der ersten Bekanntschaft lud die Witwe ihn zu sich in die Wohnung zum Kaffe. Bei dieser Gelegenheit hatte sie ihren gesamten Brillantschmuck, der einen Wert von etwa 2000 Mark hatte, angelegt. Schon am nächsten Tage kam der Heiratsbewerber um 9 Uhr früh nochmals zum Besuch. Verstimmt entschuldigte sich Frau L., daß sie im tiefsten Regligé überrascht worden sei, aber er wehrte ihre Entschuldigungsmotive ab: „So sehe ich die Frauen am liebsten“. Der Zufall wollte, daß während des Frühstückes der Gasmann kam und auch ein neuer Mieter einzog. Die Zwischenzeit benutzte Lorental, die Fächer und Schränke zu durchstöbern, um sich des Brillantschmucks zu bemächtigen. Bald verabschiedete er sich und hatte noch die Dreifachheit, die Witwe vor dem neuen Mieter zu warnen, damit ihr ihr Schmuck nicht gestohlen werde. Seitdem hatte er sich nicht wieder sehen lassen. Erst nach längerer Zeit gelang es, den Schwindler festzunehmen. Er erhielt gestern von dem Schöffengericht Mitte 1 1/2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust.

Glück im Unglück.

Ein kessamer Eisenbahnunfall.

Der Baseler Schnellzug stieß vor dem Pariser Ostbahnhof mit einer Rangierlokomotive zusammen. Zu diesem Unglücksfall werden jetzt folgende aussereuernde Einzelheiten bekannt. Es stellte sich nämlich heraus, daß durch den Zusammenstoß mit der Lokomotive, der fälschlicherweise „freie Fahrt“ signalisiert worden war, eine unabsehbare Katastrophe verhindert wurde. Der Baseler Schnellzug fuhr nämlich in der Nähe des Ostbahnhofs, wo er sonst seine Fahrgeschwindigkeit ganz bedeutend verringert, mit einer Stundengeschwindigkeit von 115 Kilometern, weil der Regulator nicht schloß, die Bremse nicht funktionierte und auch der Gegendampf, den der Führer gegeben hatte, wegen der außerordentlichen Fahrgeschwindigkeit, die der Zug nun einmal angenommen hatte, wirkungslos blieb. Selbst die Westinghousebremse hatte versagt. Unter diesen Umständen hätte der Zug, wenn er nicht auf die Lokomotive gestoßen wäre, den Westbahnhof beiseite geschleudert und wäre in das Bahnhofsgebäude hineingefahren. Man glaubt, daß es in diesem Falle Hunderte von Toten gegeben und das größte Eisenbahnunglück in den Annalen der französischen Eisenbahn sich zugegetragen hätte. So aber wurde durch den Zusammenstoß verhältnismäßig geringer Schaden angerichtet. Es wurden allerdings der Zugführer und ein Angestellter, der sich mit dem Führer im vordersten Wagen befunden hatte, getötet. Der Lokomotivführer wurde schwer verletzt und ist im Hause des Tages seinen Verletzungen erlegen. Die Verletzungen der Reisenden sind zum Glück unbedeutend. Die beiden Lokomotiven sind bei dem Zusammenstoß entgleist, wodurch der Anprall der beiden Züge gemildert wurde. Lediglich der Tender der Rangierlokomotive wurde in den ersten Wagen des entgegenfahrenden Zuges hineingetrieben. Die Eisenbahngesellschaft hatte eine Untersuchung eingeleitet, die zu dem obigen Ergebnis geführt hat. Von den 6 Zufahrtslinien des Ostbahnhofs sind 5 durch die Trümmer der Wagen gesperrt worden, so daß sowohl der Vorort- als auch der Fernverkehr gestern vormittag fast vollständig unterbrochen waren.

Sport.

Rennen zu Ruhleben am Dienstag, den 28. Juli.

1. Rennen: 1. Wildschlag (H. Gude), 2. Echter Belle (Ch. Mills), 3. Ant Alexander (F. Schmidt). Toto: 51:10. Wäh: 14, 13, 21:10. Ferner liefen: Capresse II, Strabell I, Baroneß Lybia, Diagonale, Barmaid, Federnette, Niac.
2. Rennen: 1. Quadrat (Ch. Mills), 2. Ragoman jr. (Großmann), 3. Kohlenkühn (H. Guder). Toto: 17:10. Wäh: 10, 11, 11:10. Ferner liefen: Rangmacher, Str. Gaid, Dele Marion, Edelreis.
3. Rennen: 1. Noreniner (Ch. Mills), 2. Corry W. (Gauß jr.), 3. Balador I (Kistenfeld). Toto: 21:10. Wäh: 20, 23, 45:10. Ferner liefen: Della, Archibald, Baron Agnorith, Bill I, Garslein, Harf, Besties jr., Taina, Kopal, Janelon, Angriff.
4. Rennen: 1. Michelangelo (R. Treuberg), 2. Truc Hor (Rauß jr.), 3. Noranna (F. Schmidt). Toto: 135:10. Wäh: 13, 20:10. Ferner liefen: Johannistaler, Ballontänzerin, Erdmann, Anterplank.
5. Rennen: 1. Lumb (H. Bauer), 2. Heiligelt (H. Gode), 3. Odessa (H. Gode). Toto: 112:10. Wäh: 20, 22:10. Ferner liefen: Flora Sengen (H. Gode), Batschari, Barmaid, Märchen W., Stappellau, Freilichen, Hstus, Alpenrot.
6. Rennen: 1. Hofmeisterin (Andropel jr.), 2. Lybia Batis (Ch. Mills), 3. Dollet (Kohlenberg). Toto: 48:10. Wäh: 19, 21, 33:10. Ferner liefen: Baron Ruchaga, Baron Gubler, Lybia Stout, Jreibeuter, Delos.
7. Rennen: 1. Colonel Todwort (Großmann), 2. Homer (Charlie Mills), 3. Boritza. Toto: 21:10. Wäh: 26, 15:10. Ferner lief: Progreh.
8. Rennen: 1. Kronprinz I (H. Lemmer), 2. Almaral (H. Guder), 3. Krión K. (H. Kautenberger). Toto: 44:10. Wäh: 16, 20, 40:10. Ferner liefen: Sieglacht, Charlotte Raib, Dean Gid, Barilla D., Gladiator I, W. V., Sotolomus, Schwarzwaldbübel.
9. Rennen: 1. Verdan (H. Gude), 2. Bring Uebel (H. Guder), 3. Adler (Kargus). Toto: 79:10. Wäh: 19, 21, 22:10. Ferner liefen: Baron Agnorith, Wädel, Wessersch, Heibemann, Franzisko (als dritter disqualifiziert, 80 Proz. Platzweilen zurück).

Corren fordert den neuen deutschen Meister Goffred heraus. Soeben erhalten wir die Nachricht, daß der vorjährige deutsche Reiter Bill Lorenz den neuen deutschen Meister Bill Goffred herausfordert hat. Derselbe soll bereits anlässlich am Donnerstag, den 30. Juli, in Treptow stattfindendem Abendrennen zur Entschcheidung kommen.

Die Hundert am Donnerstag in Treptow. Dieses Rennen wird nicht nur am Donnerstag, den 30. Juli, abends 8 Uhr, in Treptow seine alljährliche Wiedergeburt finden. Wie in den vorhergehenden Jahren, so hat auch in diesem Jahre „Die Hundert“ als Dauerrennen unter Fotoführung in zwei Läufen à 50 km eine erhebliche Beteiligung gefunden. Am ersten Ziele ist der bei der Berliner Reiterpolizeimeile so beliebte Walter Samall zu nennen, welcher sich gerade in Treptow (letzten von den besten Seite zeigte. Als weiterer Teilnehmer gilt der in Berlin seit geraumer Zeit bekannte französische Reiter Jules Biquel. Für den in Aussicht genommenen Remonten ist der Frankfurter Jean Biele auf Grund seiner hervorragenden Reiterweise am letzten Sonntag in Dresden verpflichtet worden. Da Biele in Treptow immer ein gefährlicher Gegner ist, so dürfte der dritte Teilnehmer, Erich Müller, der allerdings beim letzten Treptower Rennen eine ganz hervorragende Fahrweise zeigte, gegen diese allerproben Kämpfer einen schweren Stand haben.

Svend Tyborgs Haus.

Von Grete Rasse.
(Schluß.)

Die Insel dort unten mit ihren Villen und Hotels hat nicht mehr Platz, die Fremden zu beherbergen. Die müssen umherstreifen und entlegene Plätze und Häuser aufsuchen. Selbst im Dorf ist jede Kammer besetzt von einem Gast und wo ein Haus steht, finden sich auch Leute ein, die um Aufnahme bitten.

Als Daniel an einem Abend vom Fischfang heimkehrt, hört er Kajsas Gesang schon drüben. Er ist nicht mehr dünn und leise wie das Zirpen einer Biene, sondern ein unbekümmertes Schmetterlein und ein jauchzendes, lustiges Trällern. Drinnen findet Daniel Gade im Oberstod die singende Kajsa mit geschürztem Kleiderröck, aufgetrempelten Knielein, in der Hand die Scheuerbürste und umsprüht vom farbig schimmernden, schäumenden Seifenschäum.

„Was soll's,“ fragt Daniel erstaunt, „daß du scheuerst und wäschst, hier oben, wo niemand wohnt?“

Kajsa hängt sich an seinen Arm, leicht und leuchtend mit ihren vor Eisener glühenden Wangen, den fröhlich strahlenden Augen, dem blanken, weißen Hals mit einer kleinen glänzenden Kette, die sie noch nie getragen, seit sie eingetret in Svend Tyborgs Haus.

„Ich habe die Zimmer vermietet an Badegäste,“ sagt sie lachend. „Wir werden Geld bekommen. Und Menschen werden um uns sein, Menschen.“

Sie hat sich losgelöst von ihm und steht da mit sehnlichst ausgebreiteten Armen und einer Gier nach neuem Erleben im Gesicht. Dann taucht sie die Bürste in den Seifenschäum und scheuert an der Tür, die bald die einlassen soll, die von draußen kommen.

Die Fremden sind eingezogen in den Oberstod. Ein Ehepaar mit dem Bruder der Frau. Tagsüber sind sie am Meer, dessen Schönheit und Gewalt anzustarren sie nicht müde werden. Des Morgens aber und des Abends sitzt die Frau auf der Veranda und schreibt mit engen, kleinen Buchstaben in ein Tagebuch, ihr Mann sitzt daneben und raucht und liest und der junge Mensch, der Bruder der Frau, singt und klopert auf einer Mandoline.

Kajsa ist nicht wiederzuerkennen. In nichts gleicht sie dem häuslichen Kind mehr, als das Daniel Gade sie aus dem Krankenhaushaus geholt. Ihre Augen sind so blau und tief, ihr nachgewachsenes Haar lockt sich braun um die Schläfen und träufelt sich im Nacken, ihr Mund ist rot wie purpurne Kissen. „Will sie denn gar nicht altern?“, denkt Daniel Gade und betrachtet im Spiegel die grauen Fäden, die sich durch sein eigenes Haar ziehen und die scharfen Falten um den Mund. „Sie ist doch nur vier Jahre jünger als ich. Aber sie blüht wie einst und die Zeit geht an ihr vorüber, ohne ihr eine Spur zu hinterlassen.“

Drüben auf dem Meere sagen es die Fischer dem Daniel Gade, daß sein Weib es mit dem jungen Burschen hält, der in Svend Tyborgs Haus zur Miete wohnt. Daniel Gade stiert vor sich hin. Das Reh mit Fischen in seinen Händen wird so schwer, als wolle es ihn niederziehen bis zum Grund.

Der Tor, der er war! Hat er wirklich geglaubt, Kajsa würde sich ändern und würde Treue halten, Kajsa, die nie altert, die ewig glüht und blüht und deren Sachen wie Taubengirren klingen? Ein Schmerz ist in seiner Brust, den er kennt. Es ist derselbe Schmerz, den er vor siebzehn Jahren empfunden, bis er Schluß gemacht, Kajsa verlassen und sich angesiedelt in Svend Tyborgs einsamem und flüsterndem Haus.

Nun liegt er in allen Nächten wach, starrt ins Dunkel und wälzt seine Gedanken hin und her. Neben ihm geht der ruhige Atem der Frau, die ihn wieder betrügt wie vor Jahren, die mit dem blonden, jungen Burschen in die Dünen läuft und sich herzen und küssen läßt. Kajsa hat kein Gewissen, Kajsa kennt keine Reue. Ihr Atem geht darum nicht schwerer, weil sie Unrecht tut, ihr Herz schlägt nicht ängstlicher, weil es voll Schuld ist. Unbekümmert und sorglos liegt sie in den Kissen und lächelt im Traum wie ein unschuldiges Kind.

Daniel Gade aber denkt daran, daß auch Svend Tyborg dessen Haus er bemohnt, viele hundert Nächte grübelnd im Dunkeln gelegen. Auch Svend Tyborg mag in den Ecken des Zimmers dunkle Tiere, uralten Meerungeheuern gleich, gesehen haben, die sich bewegen und drohend emporkriechen. Auch Svend Tyborg mag auf die Atemzüge der ungetreuen Frau gelauscht haben, mag von ihren träumenden Lippen den Namen des anderen gehört, mag die Hand ausgestreckt und die Finger an die Kehle der Schlummernden gelegt haben, kämpfend mit dem Wunsche, zuzubrühen. Auf einmal ist er dem fremden Manne so nahe, fühlt alles, was er gefühlt, leidet alles, was er gelitten. Nur gegen das Letzte wehrt er sich noch. Eine Frau hinabzuschleudern von den Klippen in das Meer, sehen, wie die Kreise des Wassers sich schließen über ihrem Haupt, sehen, wie die großen Wogen gleichgültig hinrollen über ein frisches Grab. Nein! Nein! Das nicht! Das nicht!

Aber die dunklen Gewalten in seiner Brust schlafen nicht ein. Tagsüber, in den Dünen oder auf dem Meere, da geht es ja. Aber sobald er im Hause ist, beginnt es in seinen Schläfen zu hämmern. Vom Hause aus strömt der Geist Svend Tyborgs in ihn hinein. Von den Treppen, den Stiegen, den Simsen, den Mauern, den Balken scheint auszuglühen, was in diesem Hause einmal ein Feuer gewesen und ein Brand. Es ist ihm, als kröche sein eigenes Selbst immer mehr in sich zusammen, sähe irgendwo zusammengesauert und zusammengezogen und Svend Tyborg nähme von seinem ganzes Leibe Besitz. Svend Tyborg ist es, der im Finstern ein kleines Nützchen abwürgt, das der junge Bursche Kajsa ins Haus gebracht, Svend Tyborg ist es, der in den dunkeln Winkeln des Hauses lauert, bereit, mordend hervorzustürzen, wenn er Kajsa in den Armen des Jungen findet, Svend Tyborg ist es, der sich schlaflos in den endlosen Nächten auf dem Lager wälzt, die Traut hebt und in sich die Eier bezwingen muß, sie nicht niederzusen zu lassen auf die Stirne der Schlafenden.

Der Daniel Gade in ihm kämpft gegen den Svend Tyborg in ihm, aber Svend wächst und seine Macht hat keine Grenzen mehr. Und in einer Nacht, da fühlt er, nichts in ihm ist mehr Daniel Gade, alles ist Svend. Er steht auf und nimmt die Schlafende empor. Die schlägt erschrocken die Augen auf und beginnt zu wimmern, wie sie über sich das entstellte Gesicht sieht. Es hängt wie eine Witterwolke über ihrem Haupte, seine Blinde sind Blitze und sein Atem ein Keuchen, der nichts Menschliches an sich hat. Und er stößt mit dem Fuße die Haustür auf und geht den Weg, den einmal Svend Tyborg gegangen. Der Wind der Nacht braust um ihn her und die Dünen ruhen grau im Mondenschein. Langsam schreitet er aufwärts und hört das Rauschen des Meeres näher und näher. Er steht auf der Klippe und will die Arme heben, die Ungetreue hinabzuschleudern den Grund. Aber da regt sich der Daniel Gade in ihm. Kajsa!

Kajsa hat er doch einmal geliebt mit aller Kraft! Kajsa muß er noch einmal ins Angesicht sehen, bevor das Meer sie empfängt. Und wie er auf die Frau in seinen Armen schaut, sieht er, daß er eine Tote trägt. Der Herzschlag muß sie getroffen haben mitten in ihrer ungeheuersten Angst, denn ihre Züge tragen den Ausdruck namenlosen Entsetzens. Langsam läßt er die Tote niedergleiten auf den Boden. Der fremde Geist weicht von ihm und alles, was sich in Svend Tyborgs Haus in ihn hineingewählt und hineingekesselt. Schluchzend wirft sich Daniel Gade, der schwache, hilflose, gutmütige Mann, der sich niemals rächen, der immer nur vergeben und dulden konnte, nieder und läßt Kajsas kalten, angstverzerrten Mund. Dann springt er von der Klippe herab ins Meer.

Mondmärchen.



„Haben Sie was verloren, der Sie so emsig lieten?“
„Ach, ich suche einen sozialen Gedanken in der Steuer-
vorlage der Kettlerregierung.“

Die Verzauberung der Namen.

Von Lola Landau.

Namenlos sind die Bäume im Walde. Dicht aneinander gedrängt, Scharen an Scharen, im Gelock des Laubes oder schwarzstrahlend mit struppigen Schöpfen wiegen sie alle nur den einen großen Himmel. Namenlose Wiesen verlieren sich in Wäldern, Wälder verirren sich in tieferem Dickicht. Namenloses Geriesel des Wassers, das durch Dunkel und Helle, hierhin und dort hin schlüpft! Keinen Namen kennt die große Natur, und in ihren unendlichen Windungen und Verschlingungen findet die Einzelseele sich selber nicht wieder.

Aber betritt der Mensch die stummen gespenstlichen Stätten der Wildnis, so will er alle Wesen dem Schweigen entreißen. In Grauen und Ehrfurcht vor diesem Versinken des heißen selbstischen Lebens im Allrausch, das ihn selbst erst im Tode lockt, möchte er doch diese Gebanneten, diese leuchtenden Leiber der Bäume, diese brennenden Ränder der Blumen dem Vergessen entwenden und zu seinem menschlichen Ichglück erlösen. So leitet er ihnen sein eigenes menschliches Gefühl und gibt ihnen Namen. Nie hat er zartere, schönere gefunden, nie aus sich selber tiefer das Innerste geschritten. Und um die Bäume, behängt mit dem glühenden Schmutz der Namen, um diese umschwärmten Blöße wittert von nun an die geheimnisvolle Luft menschlicher Schicksale.

In unserem Dorfe, das nichts ist als eine Dichtung, die Menschen mitten in den Wald geschritten haben, gibt es wunderbare Namen der Landschaft. Wer kennt dort nicht die „Zärtliche Buche“, so berühmt wie Julia, die große Liebende, die sich dem Sohne des verfeindeten Hauses untrennbar vermählte. Liebend umschlingt „die zärtliche Buche“ eine hohe Kiefer mit ihren herrlichen Armen. Dreimal, von dem Erdboden bis zu dem zitternden Gipfel des Baumes umwinden ihre Äste den Stamm der Kiefer in einer umkreisenden, schlängelnden Umarmung, während der Nachbarbaum sich leise in der gleichen erhabenen Höhe an sie lehnt. Nicht anders sieht es aus, als prekte „die zärtliche Buche“ leidenschaftlich ihren Geliebten, um ihn nie wieder aus ihren Armen zu lassen, ihn, den Kiefernspieß, den Stämmchen einer fremden Rasse, welche mit ihrer Familie auf Tod und Leben um jeden Wurzelbreit Boden kämpft. Aller Feindschaft ihrer Geschlechter spottend, in strogendem Jubel der

Schönheit und des Wachstums ragen die beiden unlösbar Verschlingungen aus demselben schmalen Erdbett auf. Dicht schmiegt sich die glatte silbrige Haut an die rauhere, das helle Geriesel der Laubhaare umspielt das düstere ernste Haupt.

Vor diesem Wunder mögen Liebende in glücklichem Staunen stehen bleiben. Aber sie wissen nicht, daß sie auf demselben Wege, der sich wie ein grüner Knäuel am See entwirrt, eine Schwesterbuche treffen werden, die zu einem furchtbaren Marterstein der Liebe geworden ist. Man nennt sie die „Selbstmörderbuche“. Denn an ihrem Stamm tödete sich ein Liebender, als das heiße Baden seiner Geliebten hinter einem anderen herließ und ihn mit tausend höhnischen Echos umgellte. Zusammen mit einer Freudeschar war er an einem Sonntagmorgen ausgezogen, vielleicht um in dem weiten Ufer der Wälder die gräßliche Beklemmung der Eiferucht zu verlieren. Aber gerade hier geriet ihn das schamlose Lachen der Frau wie ein wildes Tier, das aus dem Dickicht springt. Er blieb etwas zurück hinter dem lärmenden Zug der Wandernden. Dort auf offenem Wege, in seinem Jammer ganz den hellen lächelnden Augen des Sees entblößt, hob er die Waffe gegen sich. Das Blut spritzte hoch gegen den Stamm der Buche. Sieht man nicht jetzt noch den Blutstreck auf der Rinde? Roos und grüne Flechten sind darüber gewachsen; und doch ist dieser Baum nun für immer gezeichnet wie ein Galgen und mit Blut geimpft, daß die Blätter sich dunkelrot färben müßten. Vielleicht aber war die „Selbstmörderbuche“ die Trösterin des Verzweifelten. Sie war das letzte lebende Wesen, an das er den Kopf legte, in ihr Blätterrauschen mischte er sein Klüstern. Sein letzter Blick sah in den wehenden grünen Himmel ihres Laubes.

Auf dem Rückweg gehen wir an dem „Bahnhof“ vorüber. Aber welche Totenstille! Kein Lärm, kein Gemimmel von Stimmen und Rufen erfüllen uns mit der Erregung der Reise. Ist dieser Bahnhof ausgestorben oder niedergebissen? Nein, hier gepfeifert nicht die Vergangenheit, sondern die Zukunft. Dieser Bahnhof ist nur ein breites vieredriges Brachfeld, mit Baumstämmen besät, das vor Jahren abgeholzt wurde, um für das Dorf den lange ersehnten Bahnhof zu bauen. Aber der Krieg und Nachkrieg verhinberte bis heute den Bau der Bahn, und nur das Getriller, die Schreie und Pfiffe der Vögel streichen über den Bahnhof und geben die Signale ihrer unbeherrschbaren Reiselust. Aber die Zukunft geht hier um. Nachts, halb im Traum hört man bisweilen das gespenstliche dumpe Rauseln von Wagen, gellende Pfiffe und das dunkle Getöse der Lokomotive, die durch den Wald braust, um ihre Stille mit dem großen Laut der Welt aufzubrechen.

Ehe wir in das Dorf zurückkehren, streifen wir noch einmal einen kleinen Wiesenhügel hinauf zum „Ritterbild“. Gibt es etwas Liebevoller, Zärtlicheres als diesen Namen? Dort überschaut man alle Häuser, die sich wie Kinder nebeneinander in einem halboffenen Kreise aufgestellt haben. Dort leuchtet der rote Kopfbau eines zierlichen Hauses, die Fenster blitzen golden in das Abendlicht. Es ist der Blick einer unsichtbaren Mutter, die vom Hügel aus alle Wesen in Liebe behütet und umfängt. Der Blick der Mutter, der mit klarer Milde alles sieht und durchdringt. Hier oben am „Ritterbild“ ist keine Unruhe vom Walde zurückgeblieben, und die Landschaft schwingt in leisen Wellenlinien am Rande der Wolken auf und nieder.

Und doch ist dieser Mutter ein Kind entlaufen, und ihr Blick sucht vergeblich den „Verlorenen Sohn“. Wo hält er sich verborgen? „Der verlorene Sohn“ ist eine versteckte Waldwiese, von Wasser durchflutet, von wildem Kraut überwuchert. Hier wächst die Brennessel in Büschen, brennende Ranken schleichen wie Schlangen am Boden, aber auch der ganze bunte Schaum der Blumen tollt durcheinander. Denn der Boden ist feucht, fast morastig, so daß es scheint, die Wiese wird einmal ganz in den See versinken, der sie mit seinen spitzen Wellenzungen umschmeichelt. Kehrt der verlorene Sohn zu der Mutter zurück oder geht er hinab zu den Schilfgöttern, den Sumpfgestirnen?

Noch einmal sehen wir vom Ritterbild hinab in das Dorf. Mit den zauberischen Namen der Urschicksale schmückten diese Menschen ihre Landschaft aus. Liebe, Tod, Mütterlichkeit, die großen Gewalten des Lebens wachsen nun in Rinde und Blüte weiter und können nicht vergehen.

Geographie der Kleidung. Die Stoffe und Sachen, die aus „fernen Gegenden“ kamen, waren in alter Zeit natürlich besonders kostbar, und deshalb nur von den Reichen erschwinglich. Heutzutage trägt jede Frau Sachen an sich, die aus fernen Weltteilen stammen, und die wenigsten denken daran, wie weit die Rohstoffe oder Fabrikate reisen mußten. Immerhin ist die „Geographie der Kleidung“, die beständig bereichert wird, ein interessantes Kapitel. Die Wollstoffe der heute so beliebten Stidereien stammen vielfach aus dem Orient, aus Indien, aus China, aus Ägypten. Die billigen Lederhandschuhe werden hauptsächlich aus Lammfell hergestellt, aber die elegantesten Glacéhandschuhe kommen von lappländischen Rentieren und österreichischen Gemsen. Manche Stoffe künden schon in ihrem Namen ihre weite Herkunft an. So heißt Rakito noch der südbindischen Stadt Kalkutta, aus der der breite Rakito kam, bevor sich englische und deutsche Fabriken der Herstellung annahmen. Der Russelene wurde ursprünglich aus Mosul eingeführt, der großen Handelsstadt an den Ufern des Tigris. Die Bezeichnung Serge weist auf China als Geburtsland hin, denn das himmlische Reich hieß früher das „Land der Serer“ und China lateinisch Serica, wovon Serge abgeleitet ist. Die große Zahl französischer Namen für Robestoffe zeigt, daß viele Stoffe von dort ihren Ausgang genommen haben. Die Seide der Damenkleider stammt in seltenen Fällen aus dem fernen Osten, aus Indien und Japan, meistens aus Italien, Frankreich und der Schweiz. Die Wolle für unsere Kleider stammt vielleicht aus Nordamerika oder aus den Hinterwäldern von Australien, und bei Pelzen und Edelsteinen, bei Federn, Reihern ist es die ganze weite Welt, die gepündert wird.

Japanische Schildkrötenfarmen. Ein Tierbestand von 60 000 Köpfen ist sicher für einen landwirtschaftlichen Betrieb ein ungewöhnlich statischer, ja riesiger Bestand, den man am allerwenigsten in der japanischen Landwirtschaft suchen würde. Es handelt sich allerdings nur um 60 000 — Schildkröten, die auf einer Farm nahe Tokio leben und gedeihen. Sie produzieren jährlich 100 000 Eier, die auf dem japanischen Markte als Vederbissen sehr geschätzt werden. Daneben sichern aber die Schildkröten mit ihrem Fleisch und ihrer Panzerhäute dem klugen Rasse, der sich ihrer Jagd gewidmet hat, einen sehr ansehnlichen Ertrag, der obendrein ziemlich mühelos gewonnen wird. Eine ähnliche Farm befindet sich in Wafota. Hier wird die Schildkrötenzucht jedoch nur als Nebenberuf neben der Viehzucht betrieben. Sie beschränkt sich überdies ausschließlich auf die Züchtung von Schildkröten indischer Herkunft, und zwar wird nur eine einzige Art gezüchtet, die wegen ihres hochwertigen Schildpatts besonders geschätzt wird.

Welche Gegenden der Erde sind noch unerforscht? Man sollte es kaum glauben, daß nach ein volles Siebenmal der Erdoberfläche ganz unerforscht ist. Selbst wenn man von den mit ewigem Schnee bedeckten Nord- und Südpolargegenden absteht und nur bewohnte oder doch wenigstens vergangene Gegenden ins Auge faßt, bleibt immer noch ein rundes Zehntel übrig, das auf unseren Karten als kalte Stelle erscheint, weil noch kaum ein Forscher seinen Fuß hineingesetzt hat. Das größte bisher unerforschte Gebiet liegt in Arabien. Es umfaßt etwa 600 000 Quadratmeilen, ist also fast doppelt so groß wie das Deutsche Reich und liegt im Innern der Halbinsel. Kaum ein Forschungsreisender ist bisher in das Innere dieses Gebietes gedrungen und zuverlässige Angaben über Bodenbeschaffenheit, Bewohner, Haustiere fehlen ganz. Die Küstenbewohner sprechen von einem „Volk der Beere“, das da wohnen soll.

Abstimmungen im Reichstag.

Annahme der Steueranträge der Kompromißparteien.

Im Reichstag teilte gestern zunächst Vizepräsident Bell mit, daß der Aelterenrat übereingekommen sei, jeweils einige Paragraphen zur Beratung zusammenzuführen und die Redezeit für die zusammengeführten Paragraphen auf 20 Minuten zu bemessen. Bedinglich für die Lohnsteuerparagraphen soll die Redezeit 30 Minuten betragen. Die Abstimmungen sollen immer nach Beendigung der Beratung einer Paragraphengruppe stattfinden.

Das Haus wendet sich der Beratung der §§ 2-5 des Einkommensteuergesetzes zu, die die Steuerträger bezeichnen und die steuerbaren Einkünfte aufzählen.

Abg. Koenen (Komm.) sieht schon in diesen Paragraphen den Klassencharakter der ganzen Vorlage, der sich in der schonend-individuellen Behandlung der Besizenden und dem schonungslosen Schematismus bei Behandlung der Lohnsteuerpflichtigen zeige. Die Kommunisten müßten schon diesen Gesetzteil ablehnen.

Abg. Dr. Fischer-Köln (Dem.) fragt die Regierung, ob sie nicht doch eine Ermächtigung in das Gesetz hineinnehmen möchte, durch die sie bis zum 31. Dezember 1930 die unbeschränkte Steuerpflicht der Ausländer, die in Deutschland irgendwie an Geschäften beteiligt sind, erweitern könnte.

Staatssekretär Popph vom Reichsfinanzministerium wendet sich gegen diese Anregung.

Damit schließt die Beratung über die Paragraphengruppe 2 bis 5. Das Haus stimmt diesem Teil des Gesetzes gegen die Kommunisten zu.

Zu den §§ 6-14, die die zur Einkommensteuer herangezogenen Einkünfte behandeln, begründet

Abg. Frau Pfüll (Soz.) einen sozialdemokratischen Antrag, wonach die Abschindungen zusammen, die an die durch den Personalabbau ausgeschiedenen verheirateten Beamten entrichtet werden, nicht der Besteuerung unterliegen sollen. Der Staat hat nur ganz geringfügige Abschindungen gegeben, und Reichsfinanzminister hat selbst erklärt, daß sie steuerfrei bleiben sollen. Der sozialdemokratische Antrag entspricht daher nur einer leichten Forderung.

Nachdem ein Regierungsvertreter erklärt hat, daß die Verordnung im Sinne des sozialdemokratischen Antrages erlassen werden soll, zieht die sozialdemokratische Fraktion ihren Antrag zurück.

Abg. Dr. Fischer (Dem.) beantragt, im § 14 zu sagen: Die auf Grund der Personalabbauverordnung gezahlten Abschindungssummen unterliegen der Einkommensteuer nicht. Der Redner beantragt weiter, daß den im Auslande tätigen Deutschen, die ihren Wohnsitz in Deutschland behalten, die im Auslande gezahlte Steuer auf die deutsche Einkommensteuer angerechnet wird. Der Antrag wird abgelehnt.

Die §§ 6-14 werden unverändert angenommen.

Bei der gemeinsamen Beratung der §§ 15 und 16 beantragt Abg. Schaffner (Soz.), im § 16 die Streichung der Abzüge, wonach zu den Werbungskosten auch gehören sollen die nach dem Aufbringungsgesetz vom 30. August 1924 zu entrichtenden Schenksteuerleistungen und die auf Grund des § 4 des Gesetzes über die Rentenbankkassene vom 30. August 1924 zu entrichtenden Grundschuldzinsen.

Durch diese Bestimmungen würde das wieder zunächst gemacht werden, was durch die Umwertung den kleinen Gläubigern und Sparern gegeben worden ist.

Die Inflationsgeschädigten werden bald genug von der „Reitung“ haben und sich jetzt nach einem neuen Reiter umsehen. Die Bevorzugung der hier in Frage kommenden Kreise könne man sich nur so erklären, daß entweder die Finanzlage des Reichs nicht so schlecht sei, wie es bisher dargestellt wäre, oder die Regierung fühlt sich so sehr als Hüter der kapitalistischen Interessen, daß sie auf diese Einnahmen verzichten kann. Man müsse die starke Vermutung haben, daß das letztere den Tatsachen entspräche.

Die sozialdemokratischen Änderungsanträge werden abgelehnt und die §§ 15 und 16 unverändert angenommen.

§ 17 behandelt die abzugsfähigen Sonderleistungen. Abg. Neubauer (Komm.) beantragt die Streichung der Bestimmung, daß die Kirchensteuern als abzugsfähige Sonderleistungen gelten.

Abg. Staab (Soz.)

begründet einen sozialdemokratischen Antrag auf Streichung des Absatz 6 im § 17, wonach Zuwendungen an Unterstützungs-, Wohlfahrts- und Pensionskassen des Betriebes steuerfrei bleiben, wenn die dauernde Verwendung für die Zwecke der Kassen gesichert sei. Diese Bestimmung würde eine ungeheureliche Begünstigung der Industrie bedeuten. Durch den ständigen Hinweis auf die Unterstützungs-, Wohlfahrts- und Pensionskassen sollen die Arbeiter abgehalten werden, sich mit der Verbesserung ihrer Lebenshaltung zu befassen. Mit diesen Einrichtungen werden die Arbeiter an den Betrieb gefesselt und ihrer Freizügigkeit beraubt. Es ist kein Zufall, daß die Unternehmer auf allen Forderungen gegen die Sozialgesetzgebung Sturm laufen, dagegen ihre Unterstützungskassen aufrecht erhalten wollen. Wenn die Regierung wirklich ein soziales Gewissen hätte, dann müßte sie dafür sorgen, daß die Sozialgesetzgebung besser ausgebaut wird, damit würde sie auch den mittleren und kleinen Unternehmern nützen. Bei dieser Bestimmung kommt nur das nackte Interesse des Unternehmers zum Durchbruch.

Die Regierung hat im Ausschuß erklärt, daß sie mit diesem Beschlusse nur dann einverstanden sei, wenn sie die Gewissheit habe, daß damit kein Mißbrauch getrieben werde. Wir haben nicht das Vertrauen zur Regierung, daß sie diesen Mißbrauch verhindern wird. Wenn Mittel zur sozialen Fürsorge vorhanden sind, dann bauen Sie doch die Sozialgesetzgebung aus. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Unter Ablehnung der Änderungsanträge wird § 17 in der Ausschußfassung angenommen; ebenso werden unverändert angenommen die §§ 13-29.

Abg. Dr. Fischer (Dem.) beantragt die Einfügung eines § 20a, wonach bei Gewerbetreibenden, die Handelsbücher führen, der zu versteuernde Gewinn nach dem Durchschnitt der in den letzten Jahren vorangegangenen drei Wirtschaftsjahren berechnet werden soll.

Die Abgg. Koenen (Komm.), Dr. Beusch (Z.), Dr. Herß (Soz.) und Staatssekretär Popph wenden sich gegen den Antrag.

Abg. Dr. Herß (Soz.) bezeichnet es als einen Beweis der Verantwortungslosigkeit der Regierungsparteien, daß auch Abg. Reinath von der Deutschen Volkspartei den gleichen Antrag eingebracht hat, ohne ihn freilich zu begründen. Wenn so eine prinzipielle Unterscheidung zwischen Lohnsteuer- und Veranlagungspflichtigen gemacht wird, dann werde auch die Sozialdemokratie für die vollständige Befreiung der Lohnsteuer kämpfen.

Abg. Neubauer (Komm.): Der Antrag Reinath sei nur gestellt worden, damit die Deutsche Volkspartei bei der nächsten Wahl nicht die Korruptionsgelder der Industrie verliert. (Unruhe und Protestrufe rechts.) Es ist doch nicht zu bestreiten, daß die Volkspartei der Industrie für einen großen Betrag das Mandat des Abgeordneten Hugo verkauft hat. (Unruhe rechts.)

Die Anträge steigern sich. Abg. Winnefeld (D. Sp.) macht dem Redner erregte Zurufe. Von den Kommunisten wird Winnefeld zugerufen: „Hall's Maul, du Dicksch, du Renommierprolet!“ Abgeordneter Winnefeld ruft dagegen laut: „Ich habe länger gearbeitet als Sie!“ — Im Hause bilden sich erregte Gruppen. Vizepräsident Dr. Bell schafft schließlich Ruhe durch die Androhung der schärfsten geschäftsordnungsmäßigen Maßnahmen.

Die gleichlautenden Anträge Dr. Fischer (Dem.) und Reinath (D. Sp.) werden darauf gegen die Stimmen der Volkspartei und der Demokraten abgelehnt.

Die §§ 30 und 31 werden unverändert angenommen.

§ 32 der Regierungsvorlage wollte die Besteuerung bei der Veräußerung eines Gewerbebetriebes dann eintreten lassen, wenn der Veräußerungsgewinn den Betrag von 5000 Goldmark übersteigt. Der Ausschuß hat die Grenze für die Steuerfreiheit bis zu 25000 M. erhöht. Die Sozialdemokraten beantragen die Wiederherstellung der in der Regierungsvorlage vorgesehenen Grenze von 5000 M. Die Kommunisten beantragen die Streichung des ganzen Paragraphen. Sie haben dazu namentliche Abstimmung beantragt, die um 7 Uhr abends stattfinden soll. Die Demokraten beantragen dagegen eine Änderung der Fassung in der Weise, daß der Veräußerungsgewinn besteuert werden soll, „so weit“ er den Betrag von 25000 M. übersteigt.

Dieser Antrag wird von den Rednern der Kommunisten und Sozialdemokraten scharf bekämpft.

Abg. Schläke (Soz.) weist darauf hin,

daß auch die Regierung der Meinung ist, durch den Ausschluß würden Schiebungen weitgehender Art möglich sein. Wenn man die Abschindungen der abgehenden Beamten zur Besteuerung heranzieht, so sei es nur recht und billig, wenn auch diese Veräußerungsgewinne der Einkommensteuer unterliegen.

Der kommunistische Antrag auf Streichung des § 32 wird abgelehnt.

Beim § 34 wird ein Antrag der Sozialdemokraten und Kommunisten, der durch eine andere Fassung Steuerhinterziehungen in den inländischen Zweigstellen eines ausländischen Unternehmens verhindern will, im Hammersprung mit 241 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Die Kommunisten und die meisten Sozialdemokraten haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

§ 34 wird unverändert angenommen.

Am 7 Uhr wird darauf namentlich abgestimmt über den Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage im § 32, d. h. auf Begrenzung des steuerfreien Veräußerungsgewinns auf 5000 M. statt 25000. Die Sozialdemokraten, Kommunisten und Böhlschen stimmen für den Antrag, die Zentrumsgewandten enthalten sich der Abstimmung. Der Antrag wird mit 162 gegen 159 Stimmen bei 72 Enthaltungen abgelehnt.

Der Antrag Dr. Fischer (Dem.) zum § 32 wird gleichfalls abgelehnt.

Beim § 37, der den Begriff des Kapitalvermögens definiert, begründet Abg. Schneider-Berlin (Dem.) einen Antrag, der Kapitalvermögenssteuerfrei lassen will Zinsen auf Kapitalforderungen jeder Art bei Sparkassen, Banken und anderen Kreditanstalten, soweit sie bei einem Gesamteinkommen des Steuerpflichtigen von weniger als 8000 M. jährlich den Betrag von 300 M. nicht übersteigen.

Die Kompromißvorlage kennt in diesem Falle keine Grenze für eine Steuerbefreiung.

Staatssekretär Popph wendet sich gegen den demokratischen Antrag, weil er eine einseitige Bevorzugung eines Teiles des Einkommens bedeute und das Steuerprinzip verletze.

Abg. Dr. Herß (Soz.) kann diesen Standpunkt der Regierung nicht anerkennen, weil die Regierung diesen Grundlag bei den Veräußerungsgewinnen und Leistungsgewinnen auch durchbrochen habe. Die Sozialdemokraten müßten in diesem Augenblick allerdings gegen den Antrag stimmen, weil bei der Lohnsteuer auch keine Ausnahmen beständen.

Der demokratische Antrag wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt, die Bestimmungen der Vorlage angenommen.

Es folgt die Besprechung des § 41 usw., der die Leistungsgewinne aufzählt.

Abg. Höveln (Komm.) begründet einen Antrag, der die Freilassung eines Betrages von 500 M. bei der Besteuerung von Leistungsgewinnen, wie sie die Vorlage bestimmt, streichen will.

Der kommunistische Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Die Fassung der Vorlage findet Annahme.

Bei Beratung der §§ 42 und 43, die die Besteuerung der Veräußerungsgewinne regeln, beantragt Abg. Simon-Schwob (Soz.) Wiederherstellung der Regierungsvorlage, die gegenüber der Kompromißfassung, eine breitere Basis für die Besteuerung bietet. Abg. Neubauer (Komm.) begründet einen ähnlichen Antrag. Beide Antragsteller wünschen namentliche Abstimmung, die bis 9 Uhr ausgeführt wird.

§ 49 befiehlt, daß auch der Verbrauch an Stelle des Einkommens der Besteuerung zugrunde gelegt werden kann, wenn das festgestellte Einkommen eines unbeschränkt Steuerpflichtigen in einem offensibaren Mißverhältnis zu seinem Verbrauch steht. In der Regierungsvorlage stand statt dieser Kernvorschrift eine III-Vorschrift.

Abg. Kulenkampff (D. Sp.) begründet dazu unter großem Lärm der Kommunisten einen Änderungsantrag, wonach der Verbrauch nur als steuerbares Einkommen zugrundegelegt werden kann, soweit der Steuerpflichtige nicht nachweist, daß er den Verbrauch aus steuerfreien Einkommensstellen oder aus seinem Vermögen bestritten habe.

Abg. Dr. Fischer (Dem.) stellt den gleichen Antrag.

Staatssekretär Popph bittet um Ablehnung beider Anträge.

Abg. Dietrich (Soz.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Kulenkampff und beantragt Wiederherstellung der III-Bestimmung der Regierungsvorlage.

Abg. Dr. Neubauer (Komm.) bekämpft gleichfalls die Anträge Kulenkampff und Fischer.

Zur namentlichen Abstimmung gelangt ein sozialdemokratischer Antrag, der im § 49 bei der Besteuerung nach dem Verbrauch die Regierungsvorlage insofern wiederherstellen will, als er die „Kern“-Vorschrift des Kompromißbeschlusses für die Zugrundelegung des Verbrauchs bei der Besteuerung wieder in eine „III“-Vorschrift verandern will, wenn das festgestellte Einkommen eines unbeschränkt Steuerpflichtigen in offensibarem Mißverhältnis zu seinem Verbrauch steht. Ferner wollen sie die Anwendung dieser Vorschrift, wie die Regierungsvorlage, schon bei einem Verbrauch von 8000 Mark jährlich anwenden, während das Kompromiß sie erst bei einem Verbrauch von 15000 Mark wünscht.

Die namentliche Abstimmung ergibt mit 238 gegen 145 Stimmen die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages.

Auch die erwähnten Anträge Kulenkampff und Fischer werden gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Dann nimmt das Haus die rückständigen namentlichen Abstimmungen über die Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage bei der Besteuerung der Einkünfte aus Veräußerungsgeschäften vor. Gegenüber der Kompromiß-

fassung hatte die Regierungsvorlage eine breitere Basis zur Erlassung von Veräußerungsgewinnen gelassen. Die Kommunisten wollen außerdem im Gesetz zum Ausdruck bringen, daß jeder Grundstücksverkauf als Spekulationsgeschäft zu bewerten sei.

Die über die Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam vorgenommene namentliche Abstimmung ergibt ihre Ablehnung mit 239 gegen 145 Stimmen bei einer Stimmenthaltung.

Unter Ablehnung aller Änderungsanträge werden die Bestimmungen der Kompromißvorlage aufrechterhalten.

Nach 9,30 Uhr beantragt Abg. Koenen (Komm.) die Vertagung des Hauses.

Mit den Stimmen der Linken und eines Teiles des Zentrums wird dieser Antrag angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 1 Uhr: Weiterberatung.

Zollauschuß.

Die Verteilung des Gefrierfleisches.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Zollauschußberatung erklärte Minister Ranig in der Frage der Verteilung des Gefrierfleisches, daß die Regierung deshalb noch mit den Ländern in Verhandlungen eintreten werde. Die Gemeinden sollen aber verpflichtet werden, die Bedingungen zur Abgabe von Gefrierfleisch genau einzuhalten. Was unter „Minderbemittelten“ zu verstehen sei, wählten die Gemeinden selbst am besten, da sie in der Regel über die Vermögensverhältnisse ihrer Bevölkerung genau unterrichtet seien.

In der Fortsetzung der Debatte stellte Genosin Schulz-Herne, fest, daß gegenwärtig in dem riesigen rheinisch-westfälischen Industriegebiet der Bedarf an Frischmilch nicht gedeckt werden kann. Dieser Mangel ist vornehmlich eine Folge der Sperre, die seit dem 15. Mai über die Einfuhr von holländischer Frischmilch verhängt wurde. Vom gleichen Tage datiert eine rapide Steigerung des Milchpreises, die geradezu sich zu einer Gefahr für die Ernährung der Säuglinge, der Mütter und der Kranken auswächst. Zum Ausgleich müßte durch die Kommunen kondensierter Milch gegeben werden, für die leider ein Zollsatz von 20 M. pro Doppelzentner in der Regierungsvorlage vorgesehen war. Unverständlich war schon, wie der Reichswirtschaftsrat zu einer Erhöhung auf 30 M. kommen konnte. Ungeheuerlich aber ist, daß das Kompromiß der Zollparteien sogar 40 M. für den Doppelzentner kondensierter Milch vorsieht. Dieses Beginnen, dem sich auch eine sogenannte christliche Partei angeschlossen hat, ist geradezu bedenklich. Heute schon erhalten wir aus den Säuglingsheimen die verzweifeltsten Zuschriften, die Kinder speisungen, die in vielen Gemeinden und Städten durchgeführt sind, geraten durch die zu erwartenden Preissteigerungen in Gefahr. Statt einer Erweiterung der Fürsorge, die nach der Ansicht aller sozial tätigen Kreise unbedingt notwendig wäre, werden die Agrarzölle nicht nur wesentliche Einschränkungen, sondern an vielen Stellen die restlose Einstellung bringen.

Die Genosin Arnig wandte sich gegen die Zölle auf Talg- und Kunstseife. Leider sind diese Artikel wichtige Volksnahrungsmittel, die Erhöhung der Zölle wirkt sich bei den erwerbstätigen Schichten unmittelbar in einer an den Einkommensverhältnissen gemessenen untröstlichen Weise aus. Unsere Rednerin wies nach, wie der Zoll, da die beiden Materialien ja auch zur Mägenherstellung dienen, den Konzernen, die in der Hauptsache in den Händen ausländischer Kapitalisten sind, zugute komme.

Bei jedem sozialen Verständnis ist das Beginnen der Zollblockparteien bei den Positionen über Fische der verschiedensten Art. Früher waren Fische, so stellte die Genosin Schiffgens fest, zollfrei, die Regierung hatte schon in ihrer Vorlage mit dem für alle Fälle passenden Gummiempel die „Begründung“ geliefert. Der Zollblock geht aber noch über diese Sache hinaus. Man sagt, die Zölle auf Fische sollen Verhandlungszölle sein. Wir zweifeln in dem Falle wie bei vielen anderen und fürchten vom Ausland entsprechende Maßnahmen. Das wird sich vornehmlich bei dem Fisch, den die arbeitende Masse in der Hauptsache konsumiert, beim Hering, sehr bald ergeben. Nur ein kleiner Teil der in Deutschland verbrauchten Quantitäten an Herings kann durch den deutschen Fischfang geliefert werden. Der Zoll auf Salzheringe belastet gerade den ärmeren Teil der städtischen Bevölkerung, dem dieser Fisch — leider — sehr oft das teure Fleisch ersetzen muß.

Die Beratung wurde hier abgebrochen. Man hofft, am Mittwoch mit der Spezialdebatte fertig zu werden. Es wäre dann noch die zweite Lesung vorzunehmen, außerdem ist das Gesetz an sich noch zu beraten und es muß noch die Frage der Ermächtigung, die in den beiden Anträgen der Kompromißparteien vorgesehen ist, einer einmündigen Klärung entgegengeführt werden. Erst dann kann die Beratung im Plenum beginnen.

Wirtschaft

Der Reichsbankpräsident warnt.

In der Zentralauschussung der Reichsbank am Dienstag gab Reichsbankpräsident Dr. Schacht einen Überblick über die gegenwärtige Finanz- und Währungslage. Er führte u. a. aus:

„Die große Nachfrage nach lang- und kurzfristigen Kapitalien hat in Deutschland nicht nachgelassen, und die Kurve der Zinsfüße, die vom Beginn des Jahres bis Ende April eine sinkende Tendenz zeigte, beginnt wieder leicht anzusteigen. Wenn wir den Zinsmarkt nicht völlig in Unordnung bringen wollen, kann deshalb auf das Mittel der Kreditrationierung nicht verzichtet werden. Eine Herabsetzung des Reichsbankdiskonts kommt nicht in Frage.“

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen wies der Reichsbankpräsident darauf hin, daß die in den letzten Monaten einsehende Nachfrage nach Devisen auf dem deutschen Markte kein Geheimnis geblieben ist:

„Diese Nachfrage ist in unserer Handelsbilanz begründet, da ein erheblicher Teil der Wirtschaft dem Export nicht genügende Aufmerksamkeit zuwendet. Andererseits wird die Kaufkraft des inländischen Marktes durch eine vielfach vererbt gehandhabte Bewirtschaftung öffentlicher Gelder künstlich erhöht und täuscht damit eine Konjunkturbelebung vor, die bei der steuerlichen Belastung der Wirtschaft notwendigerweise ein rasches Ende finden muß. Im weiteren sind in letzter Zeit zahlreiche Kündigungen kurzfristiger Auslandskredite erfolgt. Bisher hat die Reichsbank den Anforderungen nach Devisen genügen können. Die Wirtschaft muß sich aber vor Augen halten, daß die Reichsbank auch fernerhin gegebenenfalls Devisen nicht gegen Kredite, sondern nur gegen Marktzahlung abgeben wird.“

Nach den Angaben des Reichsbankpräsidenten machen die Zahlungen für den Zinsendienst der Dames-Anleihe, für den Recovern-Akt usw. bisher mehr als 250 Millionen Reichsmark in Devisen aus. Trotz dieser Belastung, die noch durch die Sachlieferungen verschärft werde, ist es der Reichsbank gelungen, unwehrend ihren Goldbestand auf 1100 Millionen Reichsmark zu erhöhen. Die Erhöhung soll fortgesetzt werden, da, nach Ansicht des Reichsbankpräsidenten, trotz des Zinsausfalles die Deckung in geringem und ungemünztem Golde für eine Notenbank bei weitem vorzuziehen ist.

